

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorienstraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telephone: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz, Auguststraße 8. — Redaktionsschluß: Montag.

Insertion. Für die vierspaltige Pettizelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Zum Chemnitzer Parteitag. Rundschau. Wirtschaftliche Monatsschau. Die Koalitionsfreiheit in Deutschland und die politischen Parteien, I. Löhne und Preise. — **Allgemeines:** Nürnberger Kanarienvögel. Ein neuer Tarif für die adriatischen Provinzen Oesterreichs. Das Beitragszahlen. Brief aus Hanau. — **Der Lithograph:** Gesundheitspflege. — **Der Stein drucker:** Die Arbeitsleistungen der Maschinenmeister. — **Die photomech. Fächer:** Aus den Sektionen: Berlin (Chemigr.). — **Feuilleton:** Was der Alkohol spricht. Der Arbeiter und der Teufel. Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Holland.

Zum Streik der Lithographen und Steindrucker in der Firma *Reimeringer-Amsterdam* wird uns gemeldet, daß der Steindrucker *Georg Freund* nach Deutschland gereist ist, um Streikbrecher anzuwerben. Jedes Engagementsangebot ist natürlich gebührend zurückzuweisen. *Der Hauptvorstand.*

Zur Beachtung.

In *Agram (Zagreb)* in Kroatien sind Differenzen wegen Tarifbewegung ausgebrochen. Jeder Zuzug ist fernzuhalten. *Der Hauptvorstand.*

Folgende Mitgliedsbücher

sind verloren gegangen: Nr. 28 Bösel; 482 Balldi; 620 Kose; 626 Hormig; 628 Roennspleib; 629 Krüger; 101 Meisinger; 5411 Galke; 15534 Runge; 15338 Hahn; 27935 Becher; 29252 Pusch; 29554 Trott; 30040 Jenichen; 30430 Formacek; 30645 Stosch; 32527 Bendier. *Der Hauptvorstand.*

Zum Chemnitzer Parteitag.

Am 15. September tritt in Chemnitz der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zusammen, um in achtstägigen Verhandlungen die Stellung des politischen Zweiges der modernen Arbeiterbewegung zu allen die Partei und das gesamte Proletariat berührenden wichtigen Zeit- und Streitfragen erneut zu prüfen und festzulegen. Der Chemnitzer Parteitag wird als stolze Siegesfeier begangen werden können, denn die Arbeiterpartei ist seit dem vorjährigen Parteitage von Erfolg zu Erfolg geschritten. Das tritt nicht nur durch den glänzenden Ausfall der Reichstagswahlen, die der stärksten deutschen Partei auch die stärkste Fraktion brachten, und durch zahlreiche andere Wahlerfolge in die Erscheinung, sondern auch in dem erfreulichen Wachstum ihrer organisatorischen Macht.

Davon gibt der Bericht des Parteivorstandes einen Begriff, der als Material für den Parteitag veröffentlicht wurde. Er zeigt auf allen Gebieten tüchtige Fortschritte. Ist es auch noch nicht gelungen, den vier Millionen sozialdemokratischer Reichstagswähler die erste Million organisierter Mitglieder der Partei zuzugesellen, so konnte doch dank der regen Werbetätigkeit die Mitgliederzahl erheblich erhöht werden. Die Kreisorganisationen zählten am 30. Juni d. J. 970112 Mitglieder, darunter 130371 weibliche. Da das Vorjahr mit einer Mitgliederzahl von 836562, darunter 107 693 weiblichen, abschloß, ist eine Steigerung von 15,9 Prozent zu verzeichnen. Die Zahl der

männlichen Mitglieder vermehrte sich um 15,2 Proz., die der weiblichen um 21,0 Proz.

Auch die Parteipresse nahm im Berichtsjahre einen weiteren bedeutenden Aufschwung. Am Schlusse des Geschäftsjahres verfügte die Partei über 86 Tageszeitungen, darunter 19 sogenannte Kopfblätter. Neu entstanden sind 5 Tageszeitungen, während 2 andere zu einem verschmolzen worden sind. Neben den Tageszeitungen erscheinen das »Bayrische Wochenblatt«, die »Volkswacht« in Danzig zweimal wöchentlich und ebenso die »Gazeta Robotnicza« in Kattowitz. Von diesen 89 Parteizeitungen werden 8 in Privatdruckereien hergestellt, die übrigen 59 in Parteidruckereien. Der Parteivorstand ist an 23 Druckereien finanziell beteiligt. Neben sonstigem Einfluß auf die Verwaltung hat er sich auch das Recht der jederzeitigen Revision dieser Geschäfte gesichert. Außerdem haben in Ausführung eines vom Jenaer Parteitag überwiesenen Antrags weitere 20 Parteigeschäfte die Revision durch den Parteivorstand gewünscht. Im Laufe des Geschäftsjahrs sind durch den Parteivorstand bestellten Revisor 28 Geschäfte revidiert worden. Davon 14 einmal, 13 zweimal und 2 dreimal. Einschließlich der »Gleichheit« verfügte die sozialdemokratische Parteipresse am 30. Juni 1912 über 1478042 Abonnenten. Gegenüber dem Vorjahr ist das eine Zunahme an Abonnenten um 171571. Die Einnahmen aus Abonnements sind von 7840718 Mk. auf 8888834 Mk. und die Einnahmen aus Inseraten von 5853302 Mk. auf 6830496 Mk. gestiegen.

In demselben Maße wie die organisatorische Macht nahm auch der Einfluß der Partei ständig zu. So ist die Zahl der Landtagsabgeordneten im Laufe des Berichtsjahres um 36 auf 234 angewachsen. Keine Vertreter hat die Partei außer in den beiden Mecklenburg, wo es keine gewählten Landtage gibt, nur noch in Braunschweig, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck und Reuß ä. L. — Seit die Partei die Gemeindepolitik in den Bereich ihrer Wirksamkeit gezogen hat, schreitet sie auch hier erfolgreich vorwärts. Sie hat jetzt in 470 Städten 2531 und in 2680 Landgemeinden 7593 Vertreter; außerdem in 50 Städten 104 Magistrats- und in 157 Landgemeinden 204 Gemeindevorstandsmitglieder.

Wie rege aber auch agitiert und geworben wurde, ergibt sich daraus, daß der Parteivorstand umfangreiches Agitationsmaterial zu allen wichtigen politischen Vorgängen herausgegeben hat. Außer dem Handbuch und einer Anzahl von Broschüren sind zur Reichstagswahl allein 68 verschiedene Flugblätter zur Verbreitung angeboten worden. Die Tätigkeit des Bildungsausschusses wurde durch die Wahlbewegung erheblich beeinflußt. Nichtsdestoweniger wurde auch im letzten Jahre eine umfangreiche planmäßige Bildungsarbeit geleistet. Auch die Jugendbewegung hat gute Fortschritte aufzuweisen. Die Zahl der Abonnenten der »Arbeiter-Jugend« ist von 65000 auf 81100 gestiegen. Trotz der großen finanziellen Aufwendungen für die Reichstags-

wahlen kann der Kassenabschluß nicht als ungünstig bezeichnet werden. Für die Wahlen wurden 910000 Mk. von der Zentralkasse verausgabt. Das ist fast doppelt so viel, als im Jahre 1907 die Reichstagswahlen erforderten. Den Reserven wurden 233000 Mk. entnommen.

Die Partei kann also mit Stolz auf das letzte Kampfsjahr zurückblicken. Sie hat aus dem Kampfe neue Kraft und Stärke geschöpft. Möchte auch der Chemnitzer Parteitag dazu beitragen, daß durch die Stärkung der Einheit in diesen großen Massen neue Wege zur Befreiung der Arbeiterklasse gebahnt werden. Aus dem imposanten Wahlausfall erwachsen der deutschen Sozialdemokratie neue große Gegenwartspllichten, Aufgaben und Verantwortungen. Möchte das Chemnitzer Parteiparlament Mittel und Wege finden, die erungenen Erfolge klug und weise der Erfüllung dieser Pflichten nutzbar zu machen.

Die vorläufige Tagesordnung, die der Parteivorstand dem Parteitag als Grundlage für seine Arbeiten empfiehlt, sieht neben den regelmäßigen Berichten des Vorstandes, der Kontrollkommission, der Reichstagsfraktion usw. und einem Bericht der Reorganisationskommission auch Referate über die Reichstagswahlen, den Imperialismus, die Maifeier und den nächstjährigen internationalen Arbeiterkongreß in Wien vor. Nicht weniger als 153 Anträge hat der Chemnitzer Parteitag zu erledigen, davon betreffen allein 64 die Abänderung des Organisationsstatuts. Gegen das Stchwahlabkommen mit der Fortschrittlichen Volkspartei erklären sich 4 Anträge, während ein Antrag die Billigung des Abkommens vom Parteitage verlangt. Zahlreiche Anträge erklären sich gegen die Eisenacher Konferenz einer Reihe von Abgeordneten, die den äußersten linken Flügel der Partei bilden, und gegen jede Sonderkonferenz.

Der Stimmung in verschiedenen Wahlkreisen und den erwähnten Anträgen nach zu urteilen, wird der Parteivorstand bei der Behandlung der Reichstagswahlen wegen seines Stchwahlabkommens und seines bekannten Dämpfungserlasses scharf angegriffen werden. Aber der Erfolg hat ihm bereits recht gegeben und es fragt sich, ob er in einer gleichen Situation wie im Januar d. J. wesentlich anders handeln könnte.

Ebenso wird voraussichtlich die Arbeit der Reorganisationskommission, die dem Parteivorstand einen aus Vertretern der einzelnen Landesteile bestehenden Ausschuß zur Seite setzen will, eine rege Diskussion auslösen. Zweifellos würde eine derartige Körperschaft, die den Mitgliedern in den einzelnen Landesteilen durch ihre Ausschußvertreter bei der Vorberatung größerer Aktionen einen gewissen Einfluß sichert, der Einheitlichkeit bei der Durchführung aller Bewegungen nur förderlich sein.

Von dem Gesichtspunkt der Wahrung der Einheitlichkeit aus, ist auch der Streitpunkt über die Abhaltung interner Sonderkonferenzen zu betrachten. Sie führen zur Gruppen- und

Grüppchenbildung, die Zersplitterungstendenzen in sich trägt und nur schädlich für die Geschlossenheit der Partei werden kann. Daher sind derartige Eigenbrödeleien, gleichviel von welcher Seite sie geübt werden, entschieden zu verurteilen.

Bei der Behandlung der Maifeierfrage wird die Haltung der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie zu dieser Angelegenheit auf dem nächsten internationalen Arbeiterkongreß festgelegt werden. Ob dabei die besonders in den großen Gewerkschaften bemerkbaren Widerstände gegen die jetzige Form der Maifeier mehr als bisher berücksichtigt werden, bleibt abzuwarten.

Alles in allem lassen schon diese knappen Hinweise erkennen, daß es bei verschiedenen Verhandlungspunkten zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen wird. Möchten sie vor einem würdigen, parteigenössischen Geiste getragen sein und rein sachlich geführt werden, dann werden sie dem politischen Zweige der modernen Arbeiterbewegung nur zum Segen gereichen. Und das wird der gesamten deutschen Arbeiterschaft zum Vorteil dienen.

Rundschau.

Verbandsmitglieder unter Verdeckt. Unter dieser Spitzmarke veröffentlichte das Schutzverbandsorgan in seiner Nr. 17 eine Notiz, worin über unsere Abwehrmaßnahmen gegen das Bemühen der Schutzverbändler, die Gehilfen zur Aufgabe ihrer Organisationszugehörigkeit zu bestimmen, gejamert wird. Das geschieht natürlich mit der obligaten moralischen Entrüstung, die dieses Blättchen ebenso notwendig braucht wie gewisse Dämchen die Schminke. Aber es kann sich dieses sittliche Naserümpfen ruhig schenken, denn außerordentliche Umstände lösen immer außerordentliche Maßnahmen aus. Und diese außerordentlichen Umstände hat das Schutzverbändertum durch den brutalen Terrorismus geschaffen, mit dem es Organisationsmitglieder zur Aufgabe ihres Koalitionsrechtes zu überreden oder zu zwingen versucht. Das Schutzverbandsorgan würde sein blaues Wunder erleben, wenn es wüßte, wie erfolgreich bisher schon unsere Abwehrmaßnahmen gegen diesen Terrorismus gewesen sind. Vielleicht binden wir es ihm gelegentlich einmal auf die Nase, wie viele Gehilfen die das Schutzverbändertum als brave Nichtverbändler in der Tasche zu haben glaubt, nach wie vor treu und fest zum Verbands halten. Vorläufig mag das Blatt aber ruhig in dem Glauben selig werden, daß bei unserer Abwehrmaßnahme der Wunsch der Vater des Gedankens geblieben sei. Das dient zur Beruhigung und fördert die Verdauung; und uns schadet es nichts.

Schutzverbändlerische Streikversicherung. In der vorstehend erwähnten Notiz des Schutzverbandsorgans möchte man aber auch die erpreßte Aufgabe der Verbandszugehörigkeit durch manche Gehilfen als eine freiwillige Handlung erscheinen lassen; und zwar soll es sich dabei in der Regel um weiter nichts als um den Ausfluß der Unzufriedenheit der betreffenden Gehilfen mit dem durch die Bewegung Erreichten handeln. Für die Wahrheit dieser Behauptung, die zur Eindämmung der Unzufriedenheit im eignen Lager dienen soll, liefert neben den diversen schon bekannten »Wohlfahrts-Gründungen folgender neue Fall die schönste Illustration. Flog da dieser Tage der »Düsseldorfer Volkszeitung« ein noch nicht an die betreffenden Arbeiter ausgegebenes gedrucktes Zirkular zu, daß dieses Wortlaut hat: »Wohlfahrtsvereinigung für Lithographen und Steindrucker der Hermann Schött-Aktiengesellschaft Rheydt. Die Hermann Schött-Aktiengesellschaft will ihren Lithographen und Steindruckern eine Unterstützungskasse anheben, ohne daß sie Beiträge zu leisten haben. (!) Die Unterstützung sollen erhalten alle Lithographen und Steindrucker, welche wenigstens ein Jahr bei der Firma beschäftigt sind. Sie dürfen keiner anderen Unterstützungskasse angehören und müssen sich diese verpflichten, an keinem Streik teilzunehmen. Die Erklärung, daß man keiner anderen Unterstützungskasse angehört und sich verpflichtet, an keinem Streik teilzunehmen, wird durch Namensunterschrift abgegeben.« So geht man mit einem kleinen Teil von den Gehilfen erzeugten Mehrwerts auf den Gimpelfang, um freie Arbeiter zu leib-eigenen Heiloten zu machen, die dem Unternehmer vollständig ausgeliefert sind. Und ist einer nicht willig, dann braucht man Gewalt, die schon in der Drohung liegt, in Zukunft nur Nichtverbändler beschäftigen zu wollen. Aber von allem dem braucht natürlich die Redaktion des Organs dieser Terroristen nichts zu wissen. Sie ist rein und unbefangene, quasi modo gentili.

Der Schutzverband braucht Geld. Daher bedachte er seine Mitglieder Ende Juli mit folgender Zuschrift, die uns kürzlich zutraf: »Nach § 7 unserer Satzung haben Sie für jeden in Ihrem

Betriebe beschäftigten Gehilfen einen Wochenbeitrag von M. 0.20, für jeden Hilfsarbeiter einen solchen von M. 0.10 zu entrichten. Wir bitten Sie, die in der Lithographie und Steindrucker Ihres Betriebes beschäftigten Gehilfen und Hilfsarbeiter — unter letzteren auch die weiblichen — auf beiliegender Liste getrennt zu deklarieren und den entsprechenden Betrag unter Benutzung der beiliegenden Zahlkarte auf unser Postcheckkonto No. 4366 überweisen zu wollen. Mitglieder, welche während der betreffenden Periode keine Gehilfen beschäftigt haben, bitten wir uns dies mitzuteilen, damit Mahnungen vermieden werden.« Aus dem Zirkular geht hervor, daß die Schutzverbändler nicht zu knapp zu bleiden haben, um dafür hin und wieder einmal auf Befehl der Schutzverbandsleitung mit auspressen zu dürfen. Das Geld, 20 Pfg. für jeden Gehilfen und 10 Pfg. für jeden Hilfsarbeiter und jede Hilfsarbeiterin, fließt ganz in die Kampfkasse gegen die Arbeiterschaft! Und dieser selbst versucht man es mit allen Mitteln unmöglich zu machen, auch ihrerseits ihre Pflichten gegen ihren Verband zu erfüllen! Die Arbeiter und Arbeiterinnen des Steindruckergewerbes werden aber aus diesem zwiespältigen Treiben die einzig mögliche Lehre ziehen, daß sie unter allen Umständen treu und fest zu ihrem Verbands halten müssen, wenn sie nicht den schutzverbändlerischen Wölfen in Schafspelzen wehlos in den weitgeöffneten Rachen laufen wollen.

Unfall. In Wiesbaden geriet ein Steindrucker mit dem rechten Arm in eine Maschine. Er zog sich erhebliche Quetschungen am Unterarm zu und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Die Lehr- und Versuchsanstalt für photo-mechanische Verfahren von Klimsch & Co. in Frankfurt a. M. teilt uns mit, daß sie sich entschlossen habe, für die Folge Unterricht an Gehilfen im allgemeinen nicht mehr zu erteilen. Dafür will sie sich in vermehrtem Maße Studien und Versuchsarbeiten widmen.

Die Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914 erregt nicht nur in Deutschland, sondern auch in den übrigen Kulturstaaten schon lebhaftes Interesse. In Österreich und Frankreich wirken bereits Landeskomitees sehr erfolgreich für die Ausstellung; in andern Ländern ist die Bildung solcher Komitees bald zu erwarten. Viele direkte Zuschriften aus Interessentenkreisen des Auslandes beweisen, daß eine großzügige Beteiligung des Auslandes zu erhoffen ist. So z. B. hat erst kürzlich wiederum die schweizerische Handelskammer in Basel öffentlich auf die Ausstellung aufmerksam gemacht und in der folgenden anerkennenden Form zur Beteiligung an der Ausstellung eingeladen: »Aus der Hochflut von Ausstellungsankündigungen der letzten Zeit scheint sich als etwas ganz Gediegenes die für den Sommer 1914 zum 150-jährigen Bestehen der Kgl. sächsischen Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe in Leipzig vom Deutschen Buchgewerbeverein geplante Fachausstellung abheben zu sollen... Bedeutende Summen werden vom Königreiche Sachsen und von der Stadt Leipzig zur Verfügung gestellt, und auch die Reichsregierung wird nicht zurückbleiben. Dem Gehalte der Ausstellung steckt das heute vorliegende Programm die denkbar weitesten Grenzen, von der Papierindustrie, dem Maschinenbau und der Farbchemie durch alle Stadien der verschiedensten Vervielfältigungsverfahren, einschließlich der Photographie, bis zum Buchhandel in allen seinen Spielarten, dem Bibliothekswesen, der Journalistik und der typographischen Sozialpolitik. Die 16 Hauptgruppen sind in etwa 63 Klassen gegliedert. Jede Gruppe soll durch eine wirtschafts- und kulturgeschichtliche und eine technisch-belehrende Abteilung eingeleitet werden. Die Ausstellungsobjekte sollen in weitem Ausmaße sofort verkäuflich sein. Die altrenommierte Stadt der großen Handelsmessen garantiert die mustergültige Durchführung des Planes.« In der nächsten Zeit werden auch in verschiedenen Großstädten europäischer Länder große Interessentenversammlungen stattfinden, in denen über Umfang und Bedeutung, Zweck und Ziel der Ausstellung Vortrag gehalten werden wird. Es steht zu erwarten, daß viele Staaten in einem eignen Pavillon ihre Erzeugnisse zur Schau bringen, während andere in Form geschlossener Abteilungen auftreten werden, und es darf schon heute gesagt werden, daß den Besuchern der Ausstellung im Jahre 1914, namentlich denjenigen aus Fachkreisen, eine ganz vorzügliche und großzügig organisierte Schauausstellung auf dem gesamten Gebiete der graphischen Kunst und Industrie gezeigt werden wird.

Die Katholikentage und ihre Gepflogenheiten. Durch die unter dieser Spitzmarke in Nr. 35 erschienene Rundschau notiz fühlte sich ein Münchener Kollege schwer gekränkt. Er scheint nicht gut lesen zu können, denn sonst hätte er aus der Einleitung erkennen müssen, daß der Hauptteil der Notiz der frommkatholischen »Germania«, dem führenden Organ des Zentrums entnommen war. Die von uns an das Zitat geknüpften Schlußfolgerungen ergibt sich für jeden denkenden Menschen, der das, was die »Germania« schrieb, ohne Vor-eingenommenheit und Befangenheit gelesen hat, ganz von selbst. Wenn es dem Einsender der anonymen Zuschrift anders erging, ist ihm leider nicht zu helfen. — Übrigens erfährt unsere Notiz über die Katholikentage und ihre Gepflogenheiten noch durch folgende Tatsachen eine interessante

Illustration. Der Verhandlungsbericht der »Kölner Volkszeitung« und anderer Zentrumsblätter verzeichnet nämlich in einer Rede des Direktors Görge eine längere Stelle, die sich gegen die Fachaufsicht und für eine Vermehrung des kirchlichen Einflusses in der Schule ausspricht. Aus dem Bericht der »Kölner Volkszeitung« können die Leser entnehmen, daß der Redner gerade an dieser Stelle mit »lebhaftem Beifall« ausgezeichnet worden sein soll. Einwandfreie Zeugen versichern nun, daß Herr Görge das, was er nach dem Bericht unter lebhaftem Beifall gesprochen haben soll, gar nie gesagt hat! Der »Bericht« über die Rede, das heißt der ganze auswendig gelernte, nur noch abzulehnende Redetext war den Berichterstatter bereits ausgehändigt worden, ehe Herr Görge seine Lektion heruntergesagt hatte. Nun hätte Herr Görge diese Lektion entweder nicht ordentlich gelernt, oder er ließ die betreffende Stelle aus irgendeinem Grunde ausfallen — kurz, er sagte eben nichts davon, was jedoch die Zentrumspresse nicht hinderte, darüber zu berichten und sogar den unvermeidlichen »Lebhaften Beifall« hinzuzudichten. — Man sieht daraus, daß nicht nur die »spontane Begeisterung« der Redner, sondern auch die Jubelabstände der Versammlung von der Regie im voraus festgelegt und zu Papier gebracht wurden. Daß es diesmal nicht ganz geklappt hat, ist bedauerlich. Das nächste Mal wird der berühmte »elektrische Knopf« hoffentlich Abhilfe schaffen.

Filmkonvention. Wie wir in Nr. 16 der »Gr. Pr.« berichteten, konnte im Frühjahr ein Film-trust, zu dessen Gründern auch der Abgeordnete Paasche gehörte, nicht zustande kommen. Jetzt hat sich nach einer Mitteilung der Fachpresse eine »Freie Vereinigung der Filmfabrikanten« gebildet, die mit dem »Fachverband der Filmverleiher« eine Konvention abgeschlossen hat. 26 Filmfabrikanten sollen sich ihr angeschlossen haben. Sie verpflichten sich, nicht unter einem Mindestsatz Films zu verkaufen oder zu verleihen. Die Films dürfen nur in Deutschland und in der Schweiz verliehen werden; Export nach dem Auslande und Import von dem Auslande sind verboten. Nur Films von Fabrikanten der freien Vereinigung dürfen bezogen werden, solche anderer Herkunft sind ausgeschlossen. Auch der Verkauf und das Verleihen ist nur an solche Personen und Etablissements gestattet, die ausschließlich Films der Freien Vereinigung benutzen. Ob sich die Konvention tatsächlich die alleinige Herrschaft wird sichern können, die sie mit diesen Bedingungen erstrebt, steht noch dahin. Die größte Filmfabrik Pathé freres hat sich ihr nicht angeschlossen. Die im »Schutzverband deutscher Lichtbildtheater« vereinigten Theaterbesitzer haben bereits gegen den Trust Stellung genommen und bereiten weitere Protestaktionen vor.

Die Adresse der »Volksfürsorge.« Alle Interessenten werden gebeten, davon Kenntnis zu nehmen, daß Zusendungen an die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung »Volksfürsorge« fürs erste an die Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Hamburg 1, Besenbinderhof 52, zu richten sind. Am 1. Oktober bezieht die »Volksfürsorge« ihr eigenes Bureau. Ihre Adresse lautet dann: Versicherungsgesellschaft »Volksfürsorge« in Hamburg 5, Beim Strohhause 32 1, links.

Aus dem Auslande.

Frankreich. Der Bericht der Konföderation der Gewerkschaften Frankreichs über die Tätigkeit in den Jahren 1910/1911 enthält zum ersten Male eine Statistik über die Stärke und die Kämpfe der Gewerkschaften, die der Konföderation angeschlossen sind. Nach dem Kassenbericht bezogen die Gewerkschaften von der Konföderation an monatlichen Beitragsmarken 1910 3700127 und 1911 3810709. Rechnet man die Zahl der Arbeitslosen, Streikenden, Neueintretenden usw. und die Gewerkschaften, die weniger Beitragsmarken beziehen, als sie nach ihrer Mitgliederzahl verbrauchen müßten, dann dürfte man der effektiven Mitgliederzahl am nächsten kommen, wenn man die Zahl der verkauften Monatsbeiträge durch 10 dividiert. Das ergäbe 370012 Mitglieder für 1910 und 381070 für 1911 im Jahresdurchschnitt. Der Verband der Lithographen bezog 1910 21500 Beitragsmarken, 1911 20100, was einer Mitgliederzahl von 1955, bzw. 1830 entsprechen dürfte. Er hatte also einen Mitgliedererfolg zu verzeichnen. Die Zunahme aller Gewerkschaften Frankreichs von nur 11 000 in dem Jahre der Hochkonjunktur 1911 ist auch außerordentlich gering. Der Rückgang der Eisenbahner um nahezu 30 000 infolge des verlorenen Streiks im Oktober 1910, ferner der Rückgang oder Stillstand der meisten Staats- und Gemeindefacharbeiterorganisationen, eine Folge geringerer Beschäftigung, Maßregelung der tätigen Gewerkschafter oder des Rückschlages nach dem ersten Organisierungserfolg erklären teilweise diesen schwachen Fortschritt trotz der günstigen Periode. Die mangelhaften Organisationsmethoden erklären den Rest. — Die Zahl der Zweigvereine und Syndikate ist von 3012 auf 2837 zurückgegangen, was auf die fortschreitende Industrialisierung der Organisationen zurückzuführen ist. Ebenso ist die Zahl der angeschlossenen Verbände von 57 auf 52 zurückgegangen. Es bestehen 38 Gewerkschaftsblätter, wovon einige für mehrere Verbände gemeinsam; die meisten davon erscheinen monatlich.

Neun Verbände haben in der abgelaufenen Periode ihre Beiträge erhöht. — Die lokalen oder departementalen Gewerkschaftskartelle, (Arbeitsbörsen oder Syndikatsvereinigungen), führten im Jahre 1910 für 278171 und 1911 für 316691 Mitglieder Beiträge ab. Von den 316691 Mitgliedern befanden sich nicht weniger als zwei Fünftel in dem Organisationsrayon von Paris, den Departements Seine und Seine-et-Oise, nämlich 122240. Diese Vernachlässigung der Provinz ist eine Folge des Föderalismus, der, um den Syndikaten ihre Autonomie zu sichern, sie sich selbst überläßt. — Über die stattgefundenen Streiks berichtet die Konföderation vom 1. Juli 1910 bis 31. März 1912. Es fanden statt 2340 Streiks. Davon hatten 435 vollen, 890 teilweisen und 997 keinen Erfolg. Über 18 Streiks fehlen die Angaben. Danach hatten also 18,58 Proz. aller Streiks vollen, 38,03 Proz. teilweisen und 42,60 Proz. keinen Erfolg. Das beweist, daß die sogenannte syndikalistische Kampfmethode keineswegs besonders erfolgreich ist. Würden diesen Zahlen noch die erlangenen Erfolge und die Zahl der Beteiligten beigegeben sein, dann dürfte das Ergebnis die offizielle Streikstatistik läßt darauf schließen — noch ungünstiger sein. Von den sieben Streiks, die der Bericht wegen ihrer Bedeutung einer besonderen Besprechung unterzieht, waren einer erfolgreich, zwei teilweise erfolgreich und fünf erfolglos. Über die ohne Streik verlaufenen Lohnbewegungen enthält der Bericht keinerlei Angaben. Sie sind auch in Frankreich nur wenig zahlreich. Daß die angeführten Massenbewegungen besonders ungünstig verliefen, ist nicht verwunderlich. Um Massenkämpfe erfolgreich führen zu können, dazu bedarf es eben vor allem starker Organisationen.

Wirtschaftliche Monatsschau.

Berlin, den 9. September 1912.

Englands Rücktritt von der Zuckerkonvention; die Bedeutungslosigkeit für den Zuckermarkt. Englische Diskonterhöhungen. Die englische und amerikanische Schifffahrt und der Panamakanal.

England hat zum 1. September 1913 seinen Rücktritt von der *Brüsseler Zuckerkonvention* erklärt und auf dem Zuckermarkt hat sich darauf ein ziemlich heftiger Kampf der Meinungen sowohl von der Hause- und Baissepartei abgespielt. Liegt wirklich eine Ursache zu solcher Beunruhigung vor. Die erste Zuckerkonvention von 1902 war das gemeinsame Werk von England und den mitteleuropäischen Ländern der Rübenzuckerproduktion und des Zuckerexportes. England wollte die Sorge abschüteln, daß seine kolonialen Zuckerrohrgebiete: Westindien, Ostindien Mauritius durch eine staatlich unterstützte (prämierte) Zuckerausfuhr aus Deutschland, Österreich und Frankreich ganz und gar ruiniert würden, nachdem schon jahrelang ein zum Teil rapider Verfall zu bemerken war. Mittel-europas Finanzminister wiederum brauchten die bisher für Ausfuhrprämien verschwendeten Millionen nötiger zu anderen Zwecken, und außerdem verschob sich in der Konkurrenz zwischen Deutschland, Österreich, Frankreich, Belgien und Holland gar nichts wesentliches, wenn gleichzeitig auf allen Seiten die Prämien fielen. Zu fürchten war nur ein Wettbewerb, bei dem der eine Partner auf die Prämien hätte verzichten müssen, während der andere nach wie vor weiter mit Staatsprämien und hierdurch mit Schleuderpreisen wirtschaften konnte. Das Ergebnis langjähriger internationaler Reformbemühungen war endlich die Konvention von 1902. Die bedeutendsten Prämiestaaten vereinbarten gegenseitig die Aufhebung aller ihrer Staats-subsidien für die Zuckerproduktion und den Zuckerexport. Sollten dennoch ein paar Außenseiter mit Prämien bleiben oder sich in Zukunft herausbilden, so war jeder schädlichen Rückwirkung auf den Export dadurch vorgebeugt, daß England, das große unstrittene Zuckerabsatzland, seinerseits ins Gewehr trat und sich verpflichtete, solchen Prämienzucker von Außenseitern überhaupt nicht hereinzulassen oder mit Strazöllen zu belegen, die den Prämienvorsprung einer solchen Schundkonkurrenz vollständig wieder ausglich, Ausfuhr-länder und Absatzland fanden sich so in seltener Einmütigkeit zu einer internationalen Konkurrenzregelung, zur Wiederherstellung normaler Wettbewerbsbedingungen zusammen.

Den dunklen Punkt bildete von Anfang an das außengebliebene Rußland. Es wollte auf seine Prämien nicht verzichten, ersehnte und begehrte jedoch trotzdem für seine wachsenden Ausfuhrn strazöllfreie Zulassung zum englischen Markt. Allmählich kamen ihm auch starke englische Konsumenteninteressen wieder williger entgegen und die Weiterbeteiligung Englands am Kampfe gegen die Prämien wurde immer zweifelhafter. Bei der ersten Verlängerung 1907, war man deshalb froh, einen leidlichen Kompromißausweg gefunden zu haben: England ließ sich zwar nicht länger zu Einfuhrverboten und Ausgleichszöllen verpflichten, aber dem russischen, dem einzig gefährlichen, weil prämierten Export, wurden die schlimmsten Giftzähne dadurch ausgebrochen, daß Rußland nur einen bestimmten bemessenen Höchstbetrag nach Westen, das heißt nach England, ausführen durfte. Unter diesen Bedingungen blieb 1907 England bei der Konvention und trat Rußland 1907 erstmalig bei.

Die Verlängerung des alten Grundvertrages gelang in dieser neuen Form bis zum 31. August 1913. Im Vorjahre 1911 bäumten sich mit einem Male die englischen Konsumenteninteressen und die russischen Ausfuhrinteressen lebhafter als je gegen den internationalen Verkehr auf. Dürre und Trockenheit hatten die Rübenerte Mitteuropas gewaltig dezimiert, die Zuckerpreise, auch in England, stark erhöht. Nur Rußland hatte kaum gelitten, sondern sah im Gegenteil zusammen mit dem Ergebnis der vorjährigen überreichen Rübenerte, ungeheure Zuckervorräte aus alter und neuer Ernte sich ansammeln. Aber Rußland konnte nach dem lohnendsten, zahlungsfähigsten Markt hin sich nicht Luft verschaffen, weil sein vertragsmäßiges Ausfuhrkontingent rasch erreicht war und nicht überschritten werden durfte. England konnte aus dem gleichen Grunde die in Rußland weiter verfügbaren Vorräte nicht für seine Konsumbedürfnisse mobilisieren. Am liebsten hätten nunmehr Rußland sowohl wie England die alte Schranke ganz fallen sehen. Die Lebenskraft des Konventionsgedankens erwies sich jedoch bei diesem neuen Anstoß abermals als überraschend widerstandsfähig. Rußland erhielt die Erlaubnis zu größeren momentanen Ausfuhrn zugestanden, dafür mußte andererseits Rußland sich verpflichten, auch nach 1913 fünf weitere Jahre, also bis zum 31. August 1918, der Konvention treu zu bleiben. Entsprechend haben die mitteleuropäischen Vertragsstaaten sich untereinander über den neuen Endtermin 1918, statt 1913, geeinigt. Englands Rücktritt bleibt demnach bis 1918 ohne größere praktischen Wirkungen für den Zuckermarkt. England darf infolge seines Rückzuges von der Konvention nach Belieben prämierten Zucker, ohne Verkehrssperren und Ausgleichszölle, beziehen und das sieht auf den ersten Blick recht bedenklich für die nichtprämierte Konkurrenz, das heißt in erster Linie für die deutsche, österreichische und französische Rübenzuckerproduktion aus. Aber England findet, infolge der von ihm zwar im Stid gelassenen, aber dennoch erneuerten, aus den erwähnten Gründen sogar vorzeitig erneuerten Konvention, praktisch nur unbedeutende Mengen von Prämienzucker zur Heranziehung vor, so daß die Bedenken sich ganz wesentlich vermindern: soweit, wie das bei so vielseitigen und verwickelten Interessenkonflikten nur erwartet werden kann. Ein neues Moment bringt demnach Englands formale Kündigung überhaupt nicht für den Markt. Daß die nächsten Interessenten einige Ausbrüche des Unmutes über Englands Politik der freien Hand trotzdem nicht unterdrücken konnten, war erklärlich: eine Erschütterung des Zuckermarktes war jedoch in keiner Weise berechtigt. Nach einigen Schwankungen ist er denn auch wieder zu ruhigeren Verhältnissen zurückgekehrt.

Die allmählich näherrückende große Herbstabrechnung, mitunter die größte des ganzen Jahres, hat diesmal ihren Schatten zuerst in England vorausgeworfen. Am 29. August erhöhte die *Bank von England* ihren *Diskont* um ein ganzes Prozent: von 3 Proz. die seit dem 9. Mal gegolten hatten, auf 4 Proz. Mit der Änderung um ein volles Proz. ist man bereits seit ein paar Jahren angesichts der Herbstperiode vertraut. Überraschend wäre eher die Frühzeitigkeit der Maßnahme; 1911 erfolgte die Erhöhung am 21. September, 1910 sogar erst am 29. September. Über die künftige Lage der *deutschen Reichsbank* sind die Meinungen offensichtlich geteilt. Am dem Tage des englischen Vorgehens hielt gerade der Zentralausschuß der Reichsbank eine Sitzung ab und Präsident Havenstein bekundete seine Zufriedenheit mit dem Ausweise vom 23. August und mit den seitdem noch erfolgten Veränderungen. Nach seinen Mitteilungen soll für den Augenblick eine deutsche Diskonterhöhung (jetziger Diskont $4\frac{1}{2}$ Proz.) nicht in Frage kommen.

Die öffentliche Meinung Englands kümmert sich zurzeit wenig um diese Schwankungen des Geldmarktes. Sie ist mit einer anderen größeren Sorge beschäftigt: mit der plötzlich brennend gewordenen Frage der *Panamakanalgebühren*. Die absolute Höhe der Gebühren würde an sich für England nicht das Entscheidende sein. Von ihr würde es höchstens abhängen, ob nicht ein verhältnismäßig größerer Teil der europäischen Schifffahrt nach Ostasien und Australien dem alten Suezkanalweg treu bleibt, der von London, Liverpool, Hamburg, Antwerpen, Havre noch immer die kürzeste Verbindung nach Singapore und Hongkong und selbst nach Yokohama und Melbourne-Sydney darstellt. Jede Ermäßigung des Suezkanalarifis, wie sie soeben wieder, auf Grund des günstigen Geschäftsergebnisses eingetreten ist, müßte diese der älteren Handelsstraße günstige Tendenz nur verstärken, und England, dem tatsächlichen Besitzer des Suezkanals, brauchte das, auch aus politischen Gründen, nicht unwillkommen zu sein. Von ganz anderer Bedeutung ist jedoch die *Gleichheit* der Gebühren für alle den Panamakanal benutzende Schifffahrt. Millionen von Quarters Weizen werden alljährlich von der Westküste Nordamerikas heute noch auf dem weiten, unbequemen und sogar gefährlichen Umweg über Kap Horn England und dem europäischen Kontinent zugeführt. Von der Westküste Südamerikas aus bewegen sich die enormen Salpetermineraltransporte, die trotz der deutschen Konkurrenz noch immer zu neun Zehnteln auf britischen Schiffen

sich vollziehen. In Aussicht stehen, nach Vollendung des Kanals, riesige Petroleumfrachten von den amerikanischen Osthäfen nach China, Japan und dem sonstigen fernen Osten, ferner gewaltige Kohlentransporte ähnlicher Art. Bisher war hier England stets in fast monopolistischem Vorsprunge, es hoffte dies auch für die Zukunft, dank seiner kommerziellen Kapitalmacht und seiner hochentwickelten Handelsflotte, zu bleiben. Welche Verschiebung müßte jedoch erfolgen, wenn die bisher als ungefährlich zu bewertende *amerikanische* Transportkonkurrenz plötzlich durch *Bevorzugungen* große Teile dieser künftigen und bisherigen Transporte an sich reißt? England glaubte sich bis zuletzt durch die Bestimmung des 1901 abgeschlossenen Hay-Pauncefote-Vertrages gesichert, nach der die Vereinigten Staaten als Grundlage der Neutralisation des Kanals die Regeln, wie sie wesentlich im Suezkanal-Vertrag enthalten sind, anerkennen. Darnach soll der Kanal den Handels- und Kriegsschiffen *aller Nationen* unter *vollständig gleichen* Bedingungen frei und offen bleiben. Die Vereinigten Staaten interpretieren jedoch diesen Vertragsinhalt als eine bloße Umschreibung der sonst üblichen handelspolitischen Meistbegünstigung: England sei davon gesichert, schlechter als irgendein anderer »ausländischer« Mitkonkurrent behandelt zu werden, die Gleichstellung von Ausland (Europa) und Inland (Vereinigte Staaten) gehe jedoch weit über den Rahmen der Meistbegünstigung hinaus und liege deshalb keinesfalls im Sinne der Abmachung von 1901. Alle diplomatischen Einsprüche Englands in Washington vermochten weiter nichts zu erreichen, als daß die vollkommene Gebührentfreiheit, die vorher *allen* amerikanischen Schiffen bei der Durchfahrt durch den Panamakanal zugesagt war, eingeschränkt wurde auf amerikanische Schiffe, die sich in der *Küstenfahrt* befinden. Die Vereinigten Staaten haben unzweifelhaft die Absicht, allen neuen, von Amerika selber ausstrahlenden Verkehr auch für die eigene, bisher arg vernachlässigte Schifffahrt zu gewinnen. Was bleibt alsdann von den englischen Zukunftshoffnungen noch übrig? Die Erregung in England ist demnach durchaus verständlich.

Nach Max Schippel.

Die Koalitionsfreiheit in Deutschland und die politischen Parteien.

I.

Aus der Geschichte des Koalitionsrechts.

Unter dem Koalitionsrecht verstehen wir das Recht des Inverbindtretens und der Verabredung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zwecks Beeinflussung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Der wichtigste und unentbehrlichste Bestandteil des Koalitionsrechts ist für die Arbeiter, deren Interessen uns hauptsächlich beschäftigen werden, das Recht der Arbeitseinstellung.

Ein wesentliches Interesse am Bestehen eines möglichst ausgiebigen Koalitionsrechts hat nur die Arbeiterklasse; sie benutzt es, um ihre schwächere wirtschaftliche Position durch Errichtung von Organisationen zu verstärken. Das Unternehmertum, ausgerüstet mit einer großen wirtschaftlichen Überlegenheit, ist, solange beide Teile unorganisiert sind, von vornherein bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen im Vorteil. Es bedarf also der Koalitionsfreiheit nicht. Erst der machtvolle Ansturm der Arbeiterorganisationen hat auch das Unternehmertum veranlaßt, vom Koalitionsrecht Gebrauch zu machen.

Das Koalitionsrecht hat eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Mit dem Wechsel der wirtschaftlichen und politischen Zustände erfuhren auch die Anschauungen über das Maß von Koalitionsfreiheit, das den Gesellen oder Arbeitern zu gewähren ist, beständige Veränderungen.

Im Mittelalter mit seiner handwerksmäßigen Produktionsweise beherrschte die Zunft das gewerbliche Vereinsleben. In ihren Anfängen umfaßten die Zünfte die Gesamtheit der Berufsgenossen. Als vollberechtigte Mitglieder der Zunft galten allerdings nur die Meister; Gesellen und Lehrlinge wurden als Schutzverwandte bezeichnet. Solange für jeden Gesellen die sichere Aussicht auf die Meisterwürde bestand, wurden seine Interessen, die ja nur die Interessen des künftigen Meisters waren, auch vollauf durch die Zunft gewahrt. Mit der Zeit kam es jedoch anders. Die Erlangung der Meisterschaft wurde durch die in der Zunft und in der Stadtverwaltung am Ruder befindlichen Meister mehr und mehr erschwert, so daß sich schließlich für die Mehrzahl der Gesellen die Aussicht auf die Meisterwürde verwandelte in die Aussicht auf ein dauerndes Proletarlerdasein. Die Gesellen fühlten sich nun als eine besondere soziale Schicht mit eigenen Interessen, die sie zu verteidigen suchten durch Gesellenorganisationen. Die Gesellenverbände entwickelten bald eine lebhafte Tätigkeit zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse. Es kam zu außerordentlich scharfen Kämpfen zwischen den ehemals so harmonisch zusammenlebenden Gruppen der Meister und Gesellen, wobei das Mittel der Arbeitseinstellung nicht selten zur Anwendung gelangte. Die Gesellenverbände, anfangs auf das heftigste von den herrschenden Ge-

walten bekämpft, verlangten schließlich fast überall ihre volle Anerkennung durch die Meister und die Stadtbehörden.

Das sechzehnte Jahrhundert stand im Zeichen des Aufkommens der kapitalistischen Produktionsweise. Gleichzeitig mit dieser neuen Wirtschaftsform kam eine starke staatliche Zentralgewalt empor, die in den absoluten Fürsten ihre Verkörperung fand. In Deutschland galt diese Zentralgewalt allerdings immer nur für beschränkte Länderstrecken, denn das Reich war bekanntlich zersplittert in viele kleine und größere selbständige Staatsgebiete. Oft reichte der »starke Arm« des absoluten Potentaten nur von Kirchtrum zu Kirchtrum. Am Wesen der Sache wird jedoch dadurch nichts geändert.

Die absoluten Fürsten förderten die sich langsam entwickelnden kapitalistischen Manufakturen aus vielerlei Gründen. Die meisten Fürsten bestritten einen Teil der Ausgaben für ihre verschwenderische Hofhaltung durch Anleihen bei den reichen Handelsherren, die zumeist Gründer und Beherrscher der Manufakturen waren. Den Einfluß, den die Herren dadurch auf die Fürsten erlangten, benutzten sie, um die Gesetzgebung ihren Zwecken dienstbar zu machen. Ihr oberstes Interesse war die Auflösung der Zunftverfassung, die der Ausbreitung der Manufakturen in ihrem Herrschaftsgebiete hinderlich war. Sodann hatte der fürstliche Absolutismus selbst ein starkes Interesse an der Zurückdrängung des Zunftwesens. Die demokratischen städtischen Gemeinwesen hatten dem Aufkommen der absoluten Fürstengewalt lange energischen Widerstand entgegengesetzt. Die Kraft der Städte wurzelte aber in den meisten Fällen in dem in Zünften organisierten Handwerk. Wollten die Fürsten die Städte vollends ihrem Willen beugen, dann mußten sie das Handwerk und seine Organisationen schwächen oder gar zerstören. Und schließlich hatte die Staatsgewalt ein großes Interesse an der Heranzüchtung kapitalkräftiger Steuerzahler, zu denen die Manufakturen sich zu entwickeln versprachen. Der fürstliche Absolutismus unterstützte daher wo es ging die Manufakturen durch Geldmittel und durch eine ihren Bedürfnissen angepaßte Gesetzgebung. Diese Gesetzgebung mußte naturgemäß den Zweck haben, die Ausbeutung der Manufakturarbeiter von jeder Schranke zu befreien. Die Verlängerung der durch die Zunftverfassung begrenzten Arbeitszeit, das Einschreiten gegen den damals allgemein üblichen blauen Montag, die Koalitionsverbote, die Zerstörung der Gesellenverbände und ähnliches mehr waren die Glanzpunkte dieser Gesetzgebung. Dadurch geriet die Arbeiterschaft der Manufakturen in völlige Abhängigkeit vom Unternehmertum, und die Manufakturen, die ohnehin dem Handwerk wirtschaftlich überlegen waren, wurden zu unbesiegbaren Konkurrenten der Handwerksmeister, soweit diese nicht selbst kapitalkräftig genug waren, um zur kapitalistischen Produktionsweise überzugehen. Neben den Landesfürsten griff auch die kaiserliche Gewalt in diese das gewerbliche Leben völlig umformende Gesetzgebung ein durch die Reichs-Polizeiordnungen.

Die ersten Versuche dieser Art datieren vom Jahre 1519. Das ganze 16., 17. und 18. Jahrhundert erfreute sich in steigendem Maße der Reglementierung des gewerblichen Lebens durch die Polizei des »aufgeklärten Absolutismus«. Die Gesellenverbände wurden mit Heftigkeit verfolgt und bekämpft. Sie wehrten sich lange und tapfer gegen die Unterdrückung, mußten aber schließlich unterliegen. Hier und da vermochten sie sich zu halten, indem sie ihren früheren Charakter als Kampforganisationen der mehr und mehr proletarisierten Handwerksgehilfen abstreiften. Aus dieser Zeit stammt auch die Anmeldefrist der Versammlungen und ihre Überwachung durch die Polizei.

Als dann am Ende des 18. Jahrhunderts durch die französische Revolution die Bourgeoisie selbst die Zügel der Staatsgewalt in die Hände bekam, wurde der Kampf gegen alle Koalitionsbestrebungen der Arbeiter auf einer neuen Grundlage fortgesetzt. Das Evangelium der industriellen Bourgeoisie war die Lehre von der Notwendigkeit der zügellosesten, durch keinerlei Schranken gehemmten Konkurrenz auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens. Daraus wurde gefolgert, daß auch die Konkurrenz der Arbeiter untereinander beim Verkauf der Arbeitskraft durch nichts gehindert werden dürfe. So hieß es in einem französischen Gesetz vom 14.—17. Juni 1791, daß Arbeiterkoalitionen zum Zwecke der Erlangung besserer Lohnbedingungen der Freiheit der Arbeit und der Erklärung der Menschenrechte widersprechen. Freiheit und Menschenrechte der Arbeiter bestanden also nach der Auffassung der Bourgeois-Revolutionäre darin, sich uneingeschränkt ausbeuten zu lassen.

Diese Auffassung verbreitete sich von Frankreich aus auch auf Deutschland. So gewährt das Preussische Allgemeine Landrecht von 1794 wohl ein mäßiges Vereinsrecht, stellt dafür aber die Arbeiterkoalitionen erneut unter die polizeiliche Obhut. Die preussische Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 untersagt es den Gesellen, ohne polizeiliche Erlaubnis Vereine irgendwelcher Art zu gründen. Verabredungen und Vereinbarungen zwecks Verbesserung der Arbeitsbedingungen mittels Einstellung der Arbeit werden in diesem Gesetz ausdrücklich verboten. Ähnlich geschah es in anderen deutschen Vaterländern.

In den Stürmen des Revolutionsjahres 1848 wurden dann diese der Koalitionsfreiheit gesetzten Schranken durchbrochen. Das Zentralkomitee für Arbeiter, an dessen Spitze Stephan Born stand, berief auf den 23. August 1848 einen Arbeiterkongress nach Berlin. Der Kongress gründete die Arbeiterverbrüderung, eine Arbeiterorganisation mit starker sozialistischer Tendenz, die sich über das ganze damalige Reich ausbreitete. In den meisten großen Städten kam es 1848 zu Lohnkämpfen. Aus ihnen erwuchsen die ersten Keime zu gewerkschaftlichen Organisationen: die Schriftsetzer gründeten den »Gutenberg«, die Zigarrenarbeiter die »Konkordia«. Durch ein Gesetz vom 6. April war unter dem frischen Eindruck der Straßenkämpfe die Assoziationsfreiheit gewährt worden. Trotzdem traten Polizei und Gerichte in Preußen gegen die jungen Organisationen auf; der — allerdings recht kurzatmige — Hauch einer neuen Zeit traf wohl die Gesetzgebung, aber noch nicht die reaktionäre preussische Verwaltung und Justiz. Diesen Anfeindungen hätten die Gewerkschaften wohl trotzen können, aber der Eiseshauch der Reaktion, die den Märztagen auf dem Fuße folgte, ließ die jungen Keime erstarren. Der Repräsentant dieser Reaktion, der Bundestag, fühlte sich berufen, in einem Beschluß vom 13. Juni 1854 die Landesregierungen aufzufordern, alle Arbeitervereine mit politischem, sozialistischem und kommunistischem Anstrich zu schließen und das Entstehen neuer zu hindern. Es versteht sich, daß darunter auch die gewerkschaftlichen Organisationen verstanden wurden. In Preußen hatten die Junker durch ein Gesetz vom 24. April 1854 bereits für die Aufriidung der Koalitionsverbote und ihre ausdrückliche Ausdehnung auch auf land- und forstwirtschaftliche Arbeiter gesorgt. Dieses Gesetz bedrohte Arbeiter, die sich herausnahmen, Unternehmer zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu zwingen, mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre. Koalitionen der Arbeitgeber dagegen verbot dieses Gesetz nicht.

Aber es half alles nichts. Die Arbeiter verstanden es, sich das Koalitionsrecht zu erkämpfen, wie wir in einem weiteren Artikel sehen werden.

Löhne und Preise.

»Dergleichen gab's zu allen Zeiten, mit absolut und relativ Irrtum statt Wahrheit zu verbreiten« — so möchte man mit Umwandlung eines bekannten Goethe'schen Wortes ausrufen, wenn man liest, was für Zeug von der offiziellen Presse zur Beschönigung der gegenwärtigen Teuerung zusammengedrrieben wird. Da heißt es: nicht bloß in Deutschland steigen die Preise, sondern auch in anderen Ländern, in Wien sind von 1900 bis 1912 die Schweine um 48 Prozent teurer geworden, in Pest gar um 60 Prozent. Ja, um alles in der Welt, was nutzen uns in diesem Falle die relativen Zahlen! Wenn wir die absoluten Zahlen hätten, d. h. wenn man uns sagte, wieviel die Schweine jetzt in Wien und Ofen kosten, dann könnten wir sie mit den deutschen Preisen vergleichen und dann könnte man sehen, inwieweit die agrarische Politik Deutschlands an der Teuerung schuld ist. Die absoluten Zahlen verschweigen uns mit den relativen so operieren, daß ohne die tatsächlichen Unterlagen der Anschein erweckt wird, als ob eine Mitschuld der deutschen Zollpolitik gar nicht in Frage käme, das ist unehrlich. Und zugleich ist es sehr dumm, weil ja die absoluten Zahlen doch sehr leicht in Erfahrung zu bringen sind.

Das gleiche Spiel mit absolut und relativ findet sich auch in einer Schrift, die zwar schon im vorigen Jahre erschienen, aber angesichts der herrschenden Teuerung heute wieder aktuell ist. In der Frage von der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter müßte die Kaufkraft des Lohnes den Ausschlag geben. Nicht wieviel Geld der Arbeiter bekommt ist entscheidend, sondern wieviel er sich dafür kaufen kann. Um einen klaren Einblick zu haben, wie der Arbeiter lebt und ob sich seine Lage bessert oder verschlechtert oder gleicht bleibt, genügt es also nicht, die Löhne der verschiedenen Jahre zusammenzustellen, sondern man muß daneben auch die notwendigen Haushaltskosten verzeichnen. Das ist nun leider bislang noch nicht in einem irgendwie ausreichenden Maße möglich. Gerade jetzt hat in den »Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung« der Baseler Professor Stephan Bauer eine Arbeit veröffentlicht, aus welcher hervorgeht, daß noch nicht einmal über die Tatsachen der Teuerung die heutige Statistik genügenden Aufschluß zu geben vermag, geschweige denn über ihre Ursachen. In jedem Lande werden andere Methoden der Zählung angewandt, und eine umfassende Feststellung der Preise für Lebensmittel etc. gibt es überhaupt noch nicht, sondern nur solche für einzelne Orte oder einzelne Waren. Daraus läßt sich noch kein wissenschaftlich zuverlässiges Bild entnehmen, wieviel Geld z. B. der deutsche Arbeiter heutzutage zur Bestreitung seines notwendigen Unterhalts braucht. Und nun gar Vergleiche zwischen verschiedenen Ländern sind bei so bewandten Umständen geradezu ein grober Unfug. Professor Bauer regt deshalb die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Untersuchung der Lebenskosten an, die erst einmal die Statistik der Preise nach einheitlichen Gesichtspunkten in allen Ländern in Gang bringen soll.

Wenn man das weiß, daß heute noch die Statistik der Preise so im Argen liegt, dann gewinnt man erst das richtige Urteil über eine im Auftrag der Bergbauunternehmer des Ruhrgebiets schon 1906 begonnene und inzwischen bis 1909 fortgeführte Statistik der Lebenshaltung der dortigen Bergleute. Die Höhe der Löhne ist natürlich genau bekannt (ob zwar es zweifelhaft bleibt, ob auch die im Bergbau üblichen zahlreichen Abzüge berücksichtigt sind). Sie sind der amtlichen Statistik entnommen. Aber wie steht es mit den Lebensmittelpreisen? Da sind die amtlich verzeichneten Preise von Dortmund, Bochum, Witten und Essen genommen, und aus ihnen ist ein Durchschnitt gezogen. Das möchte sich ja allenfalls hören lassen. Aber welche Lebensmittel sind denn überhaupt in Betracht gezogen? Da müßte zunächst festgestellt werden, welche Lebensmittel der Bergmann des Ruhrreviers mit seiner Familie verzehrt, und die müßten alle mitberechnet werden. Und dann hätte man immer erst die Nahrungsmittel. Dazu müßten nun kommen: Kleidung, Heizung, Wohnung und noch mancherlei anderes; und mit all diesen zahlreichen, verschiedenen Waren müßte ebenso verfahren werden, dann erst könnte man sagen, daß man die Kaufkraft des Lohnes kennt und ob sie gestiegen oder gefallen ist. Statt dessen hat diese famose Statistik auf gut Glück einige Lebensmittel herausgegriffen, und zwar solche, die nach einer anderen Statistik im Jahre 1903 von — Berliner Arbeitern konsumiert worden sind! Auf diese Weise wird dann glücklicherweise herausgemittelt, daß in der Zeit von 1886 bis 1909 die Löhne um 75 Proz. gestiegen seien, die Preise der Lebensmittel dagegen nur um 23 Prozent! In welcher beneidenswerten Lage müßten sich da die Ruhrbergleute befinden!

Fast noch blendender ist eine Statistik über die Kaufkraft des Lohnes der Arbeiter in der Krupp'schen Gußstahlfabrik zu Essen, welche die Essener Handelskammer 1911 veröffentlichte. Sie kommt zu dem Resultat, daß von 1875 bis 1910 die Löhne dieser Arbeiter um 42 Proz. gestiegen sind. Daneben werden die Preise für Speck, Rindfleisch, Kalbfleisch, Kartoffeln und Schwarzbrot gestellt, und da zeigt sich denn, daß nur das Kalbfleisch noch höher gestiegen ist als die Löhne, nämlich um 62 Proz. Aber schließlich muß ja der Arbeiter das teure Kalbfleisch nicht essen, und bei allen anderen oben angegebenen Waren blieb die Preissteigerung weit hinter der Lohnsteigerung zurück. Sie betrug bei Speck 27 Proz., bei Rindfleisch 32 Proz., bei Kartoffeln 29 Proz., bei Schwarzbrot 15 Prozent. Also auch hier hätten die Arbeiter eigentlich nicht den geringsten Grund, unzufrieden zu sein. — Indessen, es wird vielleicht die bescheidene Frage erlaubt sein, warum wohl in dieser interessanten Statistik das Schweinefleisch ausgelassen ist, das für den Haushalt der Arbeiter jedenfalls mehr als Kalbfleisch in Frage kommt???

Nach dem, was wir oben gesagt haben, dürfte klar sein, daß derartige Statistiken absolut wertlos sind. Wenigstens für das, was sie beweisen wollen. Dagegen enthalten sie in anderem Sinne ein höchst schätzbares Material. Ihre Verfasser befinden sich nicht in der gleichen glücklichen Lage wie die Redakteure der offiziellen Presse. Diese können rein auf blauen Dunst hin schwätzen, mit ein paar hingeworfenen Relativzahlen jonglieren, und brauchen nicht zu befürchten, daß ihnen der Leser, der ja keinerlei tatsächliche Unterlagen vor Augen kriegt, sofort auf die Sprünge kommt. Wer aber eine Statistik anfertigt, der muß doch schließlich auch die absoluten Zahlen angeben, aus denen er die relativen gewonnen hat. Und mag er sich im Text noch so viel Mühe geben, nur von den relativen Zahlen zu reden, um die Aufmerksamkeit von den absoluten abzulenken — die absoluten Zahlen stehen doch einmal da, und so kann sich der denkende Leser selbst seinen Vers darauf machen. So erfahren wir denn nicht nur, daß die Bergarbeiterlöhne seit 1886 um 75 Proz. gestiegen sind, sondern wir erfahren auch, daß sie nach dieser »kolossalen« Steigerung im Bezirk Dortmund ganze 1350 Mk. pro Kopf betragen haben. Diese Zahl aber redet deutlicher als alles Jonglieren mit den Prozentsätzen. Wenn nämlich jemand 1 Mk. hat und bekommt noch eine dazu, dann hat er sich um 100 Prozent verbessert. Hat er 4 Mk. und kriegt eine mehr, so macht dieselbe Verbesserung nur 25 Prozent aus. Folglich, wenn 1909 nach 75prozentiger Aufbesserung der Bergmann im Dortmunder Bezirk nur 1350 Mark bekam, wie entsetzlich wenig muß er am Anfang der Periode, 1886, gehabt haben! In der Tat waren es damals nur 772 Mark. Und so lehrt denn die Tabelle, die natürlich für jedes Jahr den Lohn angegeben muß, den grauenhaften Leidensweg, den die Bergleute des Ruhrbezirks in diesen 23 Jahren zurückgelegt haben, um es schließlich bis auf 1350 Mark zu bringen, nachdem sie übrigens vorher, 1907, schon auf 1562 Mk. gestanden hatten. Und weiter lehrt sie, daß dieser wichtige Bestandteil der deutschen Arbeiterschaft auch heute noch nicht das zum Leben notwendige Einkommen hat. Denn wenn es auch leider eine ausreichende und umfassende Statistik der Preise noch nicht gibt, so weiß doch der deutsche Arbeiter aus seiner eigenen, sehr traurigen Erfahrung aller Tage, daß zu ausreichlichem Unterhalt einer Familie viel mehr gehört als 3,70 Mark pro Tag.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Nürnberger Kanarienvogel. ☞

In unserem Artikel »Der Schutzverband und die Frankfurter Gelben« in Nr. 32 der »Gr. Pr.« wiesen wir auf die Urabstimmung hin, durch die die Mitglieder des Frankfurter Unterstützungsvereins zur Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung einer regelmäßigen jährlichen Subvention von rund 6000 Mk. aus der Kasse des Schutzverbandes aufgerufen wurden. Das Ergebnis dieser Urabstimmung ist uns aus allen Mitgliedschaften des Frankfurter Vereins noch nicht bekannt geworden. Nach dem aber, was wir aus einigen größeren Mitgliedschaften über den Ausfall dieser neuen Art einer Selbsteinschätzung der Mitglieder erfahren haben, kann das Gesamtergebnis kaum zweifelhaft sein: *Um der Unsicherheit der Kassenlage, die sofort in die Erscheinung treten muß, sobald die alten Herren des Unterstützungsvereins ihre fünfjährigen Sonderrechte an die Invalidenkasse geltend zu machen beginnen, einigermaßen auszugleichen, nimmt man die Subvention des Schutzverbandes mit innigem Danke an und liefert sich dadurch mit Haut und Haaren dem Schutzverbande aus.* Damit ist auch für den Kurzichtigsten Klarheit geschaffen. Der Frankfurter Unterstützungsverein, dessen Mitglieder schon bei der letzten Bewegung redlich bemüht waren, sich durch Rausreißerdienste die Anwartschaft auf klingende Entschädigung durch den Schutzverband zu sichern, soweit sie es nicht vorzogen, ihrem Verein den Rücken zu kehren und Schulter an Schulter mit ihren klassenbewußten Brüdern für eine Hebung der Lage der Gesamtgehilfenschaft zu kämpfen — dieser Frankfurter Unterstützungsverein hat sich durch die Urabstimmung nun auch in korporale Offenheit als gelbe Prätorianergarde des Schutzverbändlertums etabliert! Bis jetzt war er stets krampfhaft bemüht, seine gelbe Farbe zu vertuschen oder gelb in blau umzuleugnen. Das wird ihm nach der letzten Selbsteinschätzung seiner Mitglieder nicht mehr möglich sein, denn jetzt steht sein giftiges Gelb auch dem Farbenblindem ins Auge.

Aber die Bemühungen, den gelben Charakter einfach wegzustreichen, gibt man auf jener Seite trotzdem nicht auf, so lächerlich alle derartigen Versuche nach der kurzen Vergangenheit des Unterstützungsvereins und besonders nach den letzten Vorkommnissen auch sein mögen. Hat doch beispielsweise selbst die Kontrollkommission des Frankfurter Vereins seiner Zeit gegen die Schutzverbandssubvention Stellung genommen mit der Begründung, daß der Verein durch die Annahme dieser jährlichen Zuwendung wirklich zu einem gelben Gebilde werde. Diese Selbsterkenntnis schlägt alle neuerlichen Versuche, den gelben Charakter vor der Öffentlichkeit abzustreiten, zu Boden. Wenn sie trotzdem nicht eingestellt werden, so deshalb, weil man selbst nur zu genau weiß, daß die gelbe Farbe bei jedem anständigen Menschen vollständig diskreditiert ist und keinen ehrlichen Arbeiter mehr abzulocken vermag.

Auf Grund dieser Erkenntnis hat man z. B. erst kürzlich wieder in Nürnberg als Drucksache ein Flugblatt an alle Kollegen gesandt, das in der Hauptsache dem vergeblichen Bemühen dient, gelb in blau umzumalen. Als Kostproben möge folgender Satz genügen, der nach den geschilderten Vorkommnissen und dem Selbsturteil der Kontrollkommission, also der nächst dem Hauptvorstand wichtigsten Zentralinstanz des Frankfurter Vereins, wie ein logischer Purzelbaum eines unfreiwilligen Spaßmachers wirken wird. Nachdem man nämlich durch Fettdruck die Wahrheit des Satzes: »Wer schimpft, hat Unrecht!« hervorgehoben hat, schimpft man in dieser ergötzlichen Weise wild drauf los:

»Die nur zur Verleumdung (!) dienende Behauptung, die Mitglieder des Unterstützungsvereins seien die »Gelben«, ist eine grundlose Verdächtigung (!), die nur Personen in die Welt posaunen können, denen schon die gelbe Farbe des Kanarienvogels unangenehm in die Augen fällt, weil sie sich selbst unter die Dreckspatzen (!) rechnen müssen.«

Außerdem leisten sich diese Nürnberger Kanarienvögel in dem Flugblatt noch folgenden lieblieblichen Gezwitzchen: »Böswillige Verleumdungen«, »gemeine Verdächtigungen«, »Raubzug«, »Kassenräuber« usw. usw. Ferner redet man von den im Dienste der Kollegschaft von der Berufsarbeit freigestellten Angestellten des Verbandes als von Leuten, »welche sich ihrem erlernten Berufe zu entziehen wußten und auf Kosten dieser gesparten Gelder ein angenehmes und sorgenfreies Leben ohne Berufsarbeit führen«; d. h. artige Behauptungen, die nachgerade selbst den ärgsten Scharfmachern und ihren skrupellosesten Soldschreibern zu blöde und abgedroschen erscheinen, um noch wiederholt zu werden, leben also jetzt in dem Waffenarsenal dieses sogenannten »Arbeiter«-vereins wieder auf. Das sagt genug und braucht wohl nur tiefer gehängt zu werden. Oder müßte der Frankfurter gelbe Verein, wenn er das Glück hätte, etwas größer zu sein als er tatsächlich ist, nicht ebenfalls Leute von der Berufsarbeit freistellen? Und wird sein Geschäftsführer nicht jetzt schon honoriert, obwohl er doch im Berufe noch »Lebensstellung« hat?

In dem Flugblatt wird außerdem auf Heller und Pfennig ausgerechnet, welche glänzenden Aussichten der Frankfurter Verein seinen Mitläufern bietet; ob man dabei die vom Schutzverbande zu erwartenden Riesensummen schon mit berücksichtigt hat, ist nicht ersichtlich. Daß diese Zuwendungen nur von dem Grundsatz aus erfolgen, daß eine Hand die andere waschen muß, ist ganz selbstverständlich, denn ohne entsprechende Gegenleistungen schenkt das Schutzverbändlertum keinen Pfennig weg, geschweige denn jährlich 6000 Mark. Dazu sind die Herren wohl zu gute Kaufleute. Es zeugt daher von einer kaum glaublichen Naivität, wenn sich die Flugblattverfasser in ihrem Elaboret u. a. auch folgenden Satz leisten:

»Wenn nun das Märchen vom Gruseln zum Hausieren benützt wird, weil der Unterstützungsverein Senefelder eine Urabstimmung vornimmt, über ein Angebot des Schutzverbandes Deutscher Steindruckereibesitzer, welcher für alle in Schutzverbandsfirmen tätigen Mitglieder des Unterstützungsvereins Senefelder wöchentlich je 40 Pfennige als fördernden Beitrag (!) für die Invalidenkasse leisten will, so ist dies nur der pure Neid (sic!), der aus den Artikeln der »Fränkischen Tagespost« und der »Graphischen Presse« herausspricht. Da dem Unterstützungsverein Senefelder dies Angebot ohne jede Gegenleistung gemacht wird, es demnach allen Mitgliedern des Unterstützungsvereins Senefelder freisteht, sich bei irgendwelchen politischen oder Lohnbewegungen als einzelner Mann zu beteiligen (vielleicht mit Hilfe der eigenen »Ersparnisse«? D.Red.) so ist es fraglich, ob nicht der Senefelderbund ebenfalls das Geld nehmen würde, wenn ihm ein solches Angebot gemacht werden sollte.«

So herzlich wie bei diesem Gezwitzchen der Nürnberger Kanarienvogel haben wir schon lange nicht mehr gelacht. Sie müßten wirklich bodenlos dumm sein, wenn sie das selbst glaubten, was sie hier anderen Leuten vorzureden versuchen. Sogar die Beteiligung an Lohnbewegungen soll den Mitgliedern des Unterstützungsvereins freistehen! Höher geht's nimmer! Vielleicht zahlt also der Schutzverband die Subvention von rund 6000 Mk. aus selbstloser Liebe zum Frankfurter Unterstützungsverein? So sehen die beiden Gebilde gerade aus!

Das Flugblatt wendet sich »an alle Lithographen und Steindrucker, denen die Fähigkeit nicht abgeht, selbständig zu denken und furchtlos selbständig zu handeln!« Nun ist die begründete Vermutung vorhanden, daß es nicht auf dem Beete der gelben Nürnberger Leitung gewachsen, sondern in dem Bureau eines gewissen Schutzverbändlers entstanden ist. Und von dort aus scheint es auch als Drucksache versandt worden zu sein. Daher richtete unser Nürnberger Vorsitzender an den Vorsitzenden der Nürnberger Mitgliedschaft des Frankfurter Vereins durch den »Wochen-

bericht der Mitgliedschaften Nürnberg, Fürth und Schwabach« die Offene Anfrage: »Wieso kommt es, daß meine Adresse im Comptoir des Kreisvorsitzenden des Schutzverbandes, Herrn Richter geschrieben wurde? U. A. w. g.« Auf die erbetene Antwort wird unser Kollege freilich lange warten können. Aber es kommt noch besser! Just zu derselben Zeit, zu der die in der argeedeuteten Weise unter den Fittichen des Schutzverbändlertums »selbständig denkende« und »furchtlos selbständig handelnde« gelbe Leitung in Nürnberg die Kollegen mit dem Flugblatt bedachte, wehte unserm Nürnberger Vorstände ein günstiger Wind folgendes Schreiben zu:

»Fürth, 19. August 1912.

An den Unterstützungsverein Senefelder, hier! In Ergänzung meiner jüngsten Mitteilung, kann ich Ihnen heute schreiben, daß sich weitere 2 Leute für ihren Verein interessieren würden von meinen Angestellten im Alter von ca. 51 und 54 Jahren, aber unmöglich den ganzen Betrag nachzahlen können.

Da es jedoch im Interesse ihres Vereins liegt, möglichst viele Mitglieder zu gewinnen, so möchte ich hier im Namen der Angestellten anfragen, ob ihnen der Eintritt ohne Nachzahlung, oder eventuell mit einer kleinen Nachzahlung gestattet sei.

In Erwartung Ihrer gefl. Nachrichten empfehle ich mich Ihnen

hochachtungsvoll G. Löwensohn.

In welcher Weise durch die Firma, die natürlich Schutzverbandsmitglied ist, bei den beiden alten Leuten das »Interesse« für den gelben Verein geweckt worden sein mag, kann sich jeder denken. Doch auf das kommt es uns in diesem Artikel nicht an. Uns interessiert in diesem Zusammenhange nur die durch den Brief von neuem bewiesene Tatsache des innigen Zusammenarbeitens des Schutzverbändlertums mit den Frankfurter Gelben. Die beiden alten Kollegen haben die Altersgrenze von 45 Jahren bereits bedeutend überschritten. Der Frankfurter Verein wird daher trotz der Bitte der Firma, keine oder nur eine kleine Nachzahlung beim Eintritt zu fordern, ein nettes Stimmchen als Mitbringsel verlangen. Da sich aber die beiden alten Leute als Steindrucker keine Reichtümer zu erwerben vermochten, wird die Firma großmütig in den Beutel greifen und aus dem Mehrwert, den ihr die Arbeiter leisteten, die Nachzahlung erstatten. Und dann werden wieder zwei arme Seelen dem Schutzverbande mit Haut und Haaren ausgeliefert sein!

So sehen die Lithographen und Steindrucker aus, »denen die Fähigkeit nicht abgeht, selbständig zu denken und furchtlos selbständig zu handeln!« Hätten die Nürnberger Kanarienvögel ihre Lockrufe an alle Dummheit, die nicht alle werden, gerichtet, dann würde ihr Werbegezwitzchen zutreffend eingeleitet worden sein. Vielleicht hätte es ihnen dann auch mehr Erfolg gebracht, denn bei den Kollegen, die wirklich selbständig zu denken und furchtlos selbständig zu handeln vermögen, werden ihre Lockrufe immer vergeblich bleiben.

Ein neuer Tarif für die adriatischen Provinzen Osterreichs.

Unserm österreichischen Bruderverbande ist es gelungen, für Triest und die adriatischen Provinzen Osterreichs einen Tarifvertrag abzuschließen, der eine wesentliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer dortigen Kollegen und des Hilfspersonals vorsieht. Der alte Tarif vom Jahre 1909 lief am 28. Februar d. J. ab. Da die Prinzipale die Tarifverhandlungen verschleppten und bis zum Ablauf des vorigen Tarifs eine Einigung nicht erzielt wurde, brach am 29. Februar in Triest ein allgemeiner Streik aus, der erst aufgehoben wurde, als über den Abschluß des neuen Tarifs eine Einigung erzielt worden war. Bei Modiano, der maßgebenden Firma des Vertragsgebiets, dauerte der Kampf 7 Wochen. Der neue Tarif bezieht sich auf alle in den Anstalten Triests und der adriatischen Provinzen beschäftigten Gehilfen, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen. Die auf die Gehilfen bezüglichen tariflichen Bestimmungen gelten für Lithographen, Zeichner, Chemigraphen, Stein- und Lichtdruck-Maschinenmeister und -Drucker. Aus dem Tarif, der erst am 1. September in den »Neuen Graphischen Nachrichten« des österreichischen Senefelderbundes veröffentlicht werden konnte, weil sich seine genaue Formulierung und die Übersetzung aus dem Italienischen ins Deutsche bis jetzt verzögerte, heben wir folgende beachtenswerten Punkte hervor:

Die tägliche Arbeitszeit beträgt 8 1/2 Stunden und vom 1. März 1913 ab 8 1/2 Stunden; Lithographen arbeiten nur 8 Stunden. An 4 Festagsvorabenden endet die Arbeit um 2 Uhr und an 2 Tagen in der Fastenzeit um 12 Uhr mittags.

Die Akkord-, Prämien- und Hausarbeit wurde gänzlich aufgehoben.

Die Mindestlöhne der Gehilfen betragen im ersten Halbjahr nach der Ausleure 20 Kronen, im zweiten Halbjahr 22 Kr. und sodann 28 Kr. wöchentlich. Rotationsmaschinenmeister erhalten nach halbjähriger Beschäftigung an einer Rotationsmaschine oder nach vierjähriger Maschinenpraxis im allgemeinen an kleinen Rotationsmaschinen 40 Kr., an mittleren 45 Kr. und an großen 50 Kr. Mindestlohn.

Überzeitarbeit wird bis 9 Uhr abends mit 35 Prozent und nach 9 Uhr mit 50 Prozent Zuschlag entschädigt.

Die Feiertagsbezahlung erstreckt sich auf 17 Tage im Jahre. Außerdem wurde der 1. Mai ohne Bezahlung freigegeben.

Ferien erhalten alle Gehilfen, die wenigstens 2 Jahre ununterbrochen in einer Anstalt beschäftigt sind, in der Dauer von 3 Tagen und nach 5jähriger Beschäftigung in der Dauer von 5 Tagen im Jahre.

Die Lehrlingsskala wurde wie folgt festgesetzt: Bei den Chemigraphen, Maschinenmeistern oder Druckern kann auf 1 bis 4 Gehilfen 1 Lehrling gehalten werden, auf 5 bis 9 Gehilfen 2, auf 10 bis 14 Gehilfen 3 Lehrlinge usw.; bei den Zeichnern ist auf 2 bis 5 Gehilfen 1 Lehrling zulässig, auf 6 bis 10 Gehilfen 2, auf 11 bis 15 Gehilfen 3 Lehrlinge usw. Die Lehrlinge erhalten im ersten Lehrjahre 4, im zweiten 7, im dritten 10 und im vierten 14 Kronen Entschädigung wöchentlich.

Die Kündigungsfrist beträgt 14 Tage. Im Erkrankungsfall kann ein Gehilfe nicht vor Ablauf von sechs Wochen entlassen werden.

Die Vertragsdauer des Tarifs beträgt 37 Monate, und zwar vom 1. März 1912 bis zum 31. März 1915. Während dieser Zeit sind Streiks (mit Ausnahme eines politischen Generalstreiks aller Arbeiterkategorien) und Aussparungen verboten. Streitigkeiten werden durch Verhandlungen zwischen den Organisationsleitungen der Unternehmer und der Gehilfen beigelegt. Gelingt eine Einigung nicht, dann obliegt die Entscheidung dem Gewerbegerichtshof.

Die tariflichen Bestimmungen für das Hilfspersonal lehnen sich an den Tarifvertrag für die Gehilfen an.

Der Mindestlohn für das männliche Hilfspersonal (Steinschleifer, Zinkplattenzurichter und Farbenreiber) beträgt im ersten Jahre 20, im zweiten 24 Kronen. Für alle anderen Arbeitsbedingungen ist der Gehilfenarbeitsvertrag maßgebend, sodaß die Hilfsarbeiter dieselbe Arbeitszeit, Feiertagsbezahlung, Überstundenentschädigung, Feriengewährung, Kündigungsfrist usw. wie die Gehilfen haben.

Der Mindestlohn für das weibliche Hilfspersonal beträgt: in den ersten 2 Jahren (Lehrmädchen) 4 Kr. für das erste, 5 Kr. für das zweite Halbjahr und 7 Kr. für das dritte Jahr; im dritten Jahre (jugendliche Arbeiterinnen) 10 Kr.; nach dem dritten Jahre (Arbeiterinnen) 12 Kr. für das erste Jahr und 13 Kr. in der Folge, an Rotationsmaschinen 15 Kr. Für jede Überstunde erhalten alle Arbeiterinnen einen Zuschlag von 20 Heller. Feiertage werden bezahlt. Die Kündigungsfrist beträgt 14 Tage.

Durch das Abschlußprotokoll wurden ferner noch folgende Lohnerhöhungen festgelegt: Alle Hilfsarbeiter erhalten 1 Kr., alle Gehilfen, die weniger als 40 Kr. Lohn haben, 3 Kr. und alle über 40 Kr. entlohnten Gehilfen 2 Kr. Lohnzulage wöchentlich, sofern sie von der Erhöhung der Mindestlöhne nicht betroffen wurden.

Durch den Tarif wurde also die Verkürzung der Arbeitszeit für die Drucker und das Hilfspersonal von 8 1/2 auf 8 Stunden im Laufe der Tarifperiode anerkannt. Ferner wurde der Mindestlohn für Ausgelernte um 2 Kronen erhöht und eine generelle Lohnerhöhung von 2 und 3 Kronen für die Gehilfen und von 1 Kr. für die Hilfsarbeiter durchgeführt. Wenn wir noch die tarifliche Festlegung der Feriengewährung erwähnen und hervorheben, daß auch in vielen anderen Beziehungen tarifliche Verbesserungen erzielt worden sind, so wird mit uns jeder deutsche Kollege die Kollegen in den adriatischen Provinzen Österreichs und ihre Organisation, den österreichischen Senefelderbund, zu diesem Tarifabschluß beglückwünschen.

In Deutschland hätten ähnliche Erfolge erzielt werden können, wenn nicht die verschiedenen gelben Quertreibervereine die Sache der Gehilfenschaft schamlos verraten und Schulter an Schulter mit dem Unternehmertum gegen die organisierte Gehilfenschaft gekämpft hätten. Den gelben Rausreiberkolonnen ist es in erster Linie zuzuschreiben, wenn die erhoffte durchgreifende Regelung und Hebung der Lage der Gesamtgehilfenschaft in Deutschland noch nicht gelang.

Das Beitragszahlen.

Als langjähriges Verwaltungsmittglied hatte ich sehr gute Gelegenheit, allerlei Beobachtungen über das Beitragszahlen in den Gewerkschaften zu machen. Wohl jeder Kollege, der als Vorsitzender oder Kassierer tätig war, wird zugeben müssen, daß er von säumigen Zahlern schon alle möglichen

Entschuldigungen und Ausreden zu hören bekam. Da kann ein Beitrag nicht bezahlt werden, weil gerade an demselben Tage drängendere Schulden beglichen werden sollen; oder es soll etwas angeschafft werden usw. Mittlerweile verstreichen dann 4, 5 oder noch mehr Wochen. Wenn der Vorstand auf seinem Posten sein will, muß er mahnen. Auf welche Schwierigkeiten man oft dabei stößt, hat sicherlich jeder von diese unangenehme Aufgabe gestellte Vorstandskollege schon erfahren. Man erwirbt sich dadurch vielfach grimmige Gegner und Feinde, weil eben mancher Kollege nicht weiß, daß er zuerst seine Pflichten erfüllen muß, wenn er Rechte genießen will.

Oft sind aber die Verwaltungen mit Schuld daran, wenn in ihren Mitgliedschaften die unpünktliche Beitragsleistung um sich greift, weil sie dieses Übel indirekt fördern. Damit meine ich nicht, daß sie den säumigen Kollegen sagen, es hätte noch Zeit mit dem Zahlen, sondern sie sind eben nicht energisch genug hinter den Restanten her. Die Nachlässigkeit derartiger Verwaltungen wird offenbar, wenn ein säumiges Mitglied ihrer Mitgliedschaft wegen Arbeitsmangel oder aus sonstigen Gründen den Ort verlassen und wenn er mit 8 oder gar noch mehr Resten abgemeldet werden muß. Dann zieht der Kollege mit seinem Bude, in dem eine Anzahl Wochenmarken fehlen, von einer Zahlstelle zu andern und er fühlt sich noch schwer gekränkt, wenn seiner Forderung nach Unterstützung die Weisung entgegengesetzt wird, erst seine Beitragsreste ordnungsgemäß zu begleichen.

Erst kürzlich konnte ich wieder einen solchen Fall beobachten. Ein Kollege kam zugereist und forderte Unterstützung. Als ich sein Bude verlangte, erklärte er, daß es nicht ganz in Ordnung sei. Es stellte sich heraus, daß er 8 Wochen im Rückstande war. Ich mußte ihm sagen, daß bei derartigen Beitragsresten keine Unterstützung gezahlt werden könne, worauf er antwortete, daß er alles bezahlen werde, sobald er Arbeit habe. Nachdem ich den Kollegen ordentlich ins Gebet genommen hatte, suchte er sich damit zu entschuldigen, daß in der Firma, in der er zuletzt beschäftigt war, kein Unterkassierer gewesen und daß er auch nicht von der Ortsverwaltung gemahnt worden sei.

Nun will ich nicht sagen, daß diesen Entschuldigungen mehr zu glauben ist als der Verwaltung, auf die der Kollege die eigene Bummellei abzuwälzen versuchte. Aber ich glaube doch, daß die Verwaltungen, die es zu derartigen Resten kommen lassen, nicht voll auf dem Posten und auch nicht darauf bedacht sind, jedes Quartal ohne Restanten abzuschließen. Wenn allenthalben darauf gesehen würde, könnten gerade die Ortsverwaltungen in der Beitragszahlung bald geregelte Verhältnisse schaffen. Eine Zahlstelle in der Ordnung herrschen soll, kann Restanten nicht dulden. G. K., S.

Brief aus Hanau.

Bei der Firma Brüning ist in der letzten Zeit manches vorgekommen, was die Kollegen aus ihrer Gleichgültigkeit aufrüttelte. Durch ein für die hiesigen Verhältnisse neues photomechanisches Verfahren sucht die Firma soviel als möglich Ersparnisse zu machen. Daher kündigte sie zunächst einmal 8 Lithographen; außerdem ging ein Lithograph von selbst und ein anderer wurde Korrekturlithograph, sodaß sich die Zahl der Lithographen um 10 verringerte. Das rüttelt natürlich die Kollegen auf, um so mehr, als es heißt, es kommen noch mehr an die Reihe. Der Vorgang zeigt der ganzen deutschen Kollegenschaft, daß unser Gewerbe tatsächlich in bedenklichem Niedergange begriffen ist. Durch die technische Entwicklung und ihre Ausnützung durch den Kapitalismus werden besonders die Arbeiter von diesem Niedergange schwer betroffen. Das sollten sich die Kollegen merken und sie sollten wenigstens dafür wirken, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen gebessert werden. In erster Linie ist der Lehrlingsfrage besonderes Gewicht beizulegen. Eine weitere Forderung betrifft die Gewährung von Ferien. Die Bedeutung von Ferien für die Arbeiter wird wohl jedem Kollegen bekannt sein. Wenn ein Arbeiter in der Fabrik tagtäglich unter Aufbietung aller geistigen und körperlichen Kräfte seine Arbeit gewissenhaft zum Nutzen des Unternehmers ausführen muß, dann sollte man ihm auch einmal im Jahre eine Ruhezeit zur Erholung seines Körpers gönnen. Dann fühlt sich auch der Arbeiter wenigstens einmal als Mensch. Der Standpunkt, daß Ferien nur für solche Berufe notwendig seien, in denen geistig gearbeitet wird, läßt sich angesichts der stetig steigenden Intensität bei jeder Arbeit nicht mehr aufrecht erhalten. Er bringt aber viele Besitzer lithographischer Kunstanstalten in eine Zwidmühle, die nach diesem Grundsatz den geistig arbeitenden Lithographen und Steindruckern Ferien schon lange hätten gewähren müssen. Aber wir sind der Meinung, daß jeder Arbeiter, gleichviel ob er Lithograph oder Steindruckler usw. ist, einer Erholungspause zur Erhaltung seiner Gesundheit und Arbeitsfähigkeit bedarf. An den Kollegen liegt es, dafür zu sorgen, daß der Verband immer mehr an Bedeutung gewinnt. Die Absetzstehenden müssen der Organisation beitreten; sie dürfen nicht darauf warten, bis ihnen die Früchte der Verbandsarbeit ohne eigene Mühe in den Schoß fallen, denn dieser Standpunkt ist gewissenlos. Wenn jeder mitarbeitet, werden die

Früchte der gemeinsamen Tätigkeit in der Organisation für jeden einzelnen um so reicher sein. Deshalb ergeht auch heute wieder der Mahnruf an alle Kollegen: Organisiert Euch! Arbeitet mit an der Schaffung besserer Zustände und gerechter Verhältnisse! Dann kann es unsere Kollegen nur freuen, wenn durch neue Erfindungen die Arbeitsleistung des Arbeiters verringert wird, denn dann kommt der technische Fortschritt schließlich auch einmal den Arbeitern mit zu gute. Unter dem kapitalistischen System hat aber nur der Unternehmer den Vorteil von den Verbesserungen der Technik. Daher muß sich der Arbeiter nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch organisieren, um gegen dieses System ankämpfen zu helfen. In den Gewerkschaften, in den politischen Organisationen muß jeder Arbeiter auf seinem Posten sein! Das sei unsere Losung. F. Sch.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Gesundheitspflege.

Zumeist wird an dieser Stelle über Gewerkschaftsangelegenheiten geschrieben. Nun möchte ich einmal etwas über die Gesundheitspflege sagen. Es ist sehr notwendig, daß auch dieses Thema hier hin und wieder behandelt wird.

Besonders beim Lithographen, der fortwährend angespannt krumm sitzen muß, tritt sehr leicht nach und nach ein Stocken fast sämtlicher Körperfunktionen ein. Es ist nun einmal ein Naturgesetz, daß jedes Organ, das nicht tagtäglich gebraucht wird, nach und nach verkümmert. Hieraus schon läßt sich sehr leicht das Verderbliche einer sitzenden Arbeitsweise folgern. Die Erfahrung bestätigt diese Aufstellung auch hinreichend. Durch das Krummsitzen erschaffen die Muskeln, wird der Brustkorb eingedrückt und die Atmung gehemmt. Lungenkrankheit ist nicht selten die Folge davon. Die Schwachheit der Bauchmuskeln verursacht Verdauungsstörungen. Selbst das Herz arbeitet zuletzt nicht mehr ordentlich, und nur langsam und träge fließt das Blut durch die Adern.

Seelisch äußert sich dies alles in einer traurigen, niedergedrückten Gemütsstimmung. Die hohe Selbstmordzahl beweist genug! Diese Gemütsdepressionen, die eine Folge des andauernden Krummsitzens sind, erklären ja auch die beschämende Tatsache, daß die Unternehmer mit der Düsseldorfer Versicherungsbank fast nur unter den Lithographen ihre kläglichen Erfolge erreichen konnten.

Am besten kann man diese Degenerierung an den neu antretenden Lithographen-Lehrlingen beobachten. Frisch, gesund und mit roten Backen treten sie in die Lehre. Nach einigen Wochen ist die gesunde Farbe dahin, und nach Jahresfrist erkennt man die Lehrlinge kaum wieder: bleich, schiefschultrig und müde schleichen sie umher!

Gewöhnlich suchen sich unsere Lehrlinge in ihrer freien Zeit zeichnerisch weiterzubilden. Ich will den Wert dieser Zeichenstunden nicht bestreiten. Was nützen aber einem jungen Manne seine Kenntnisse, wenn es ihm an der Lebenskraft mangelt, sie zu verwerten? Mehrere Fälle habe ich erlebt, wo junge talentvolle Leute mit 23 bis 25 Jahren vollständig körperlich erschöpft waren und dahinschieden.

Die ersten Pflichten jedes Menschen sind die seinem Körper gegenüber. Mangel an Bewegung, frischer Luft und Sonnenlicht ist die Quelle alles Übels für den Lithographen! Daher sind Leibesübungen, möglichst im Freien, für ihn ebenso notwendig wie Essen und Trinken. Durch Leibesübungen allein ist es dem Lithographen einigermaßen möglich, dem Siedtum entgegen zu arbeiten. Gerade in den Entwicklungsjahren sind Sportübungen unbedingt notwendig. Unterlassungssünden auf diesem Gebiete kann ein solcher junger Mann Zeit seines Lebens nicht wieder ausgleichen, und führte er auch den solidesten Lebenswandel!

Auch ältere Kollegen sollten Leibesübungen betreiben; sie könnten dadurch ihre Schaffenskraft bis ins hohe Alter bewahren. Wem es nicht zuzagt, irgend eine Sportvereinigung beizutreten, der treibe Zimmergymnastik. Müller und Sandow sind die bekanntesten Systeme. Durch Betreibung dieser Systeme ist es selbst dem Schwächlichsten geboten, seine Kräfte zu heben. Wohl jeder würde überrascht sein über die schnelle Aufhellung seines Gemütes!

Leibesübungen sind die beste Radikalkur gegen Pessimismus. Ein gesunder Mensch ist hoffnungsfreudig und kampfeslustig. Ein Schwächling dagegen ist unfähig; er lamentiert. Bemerkenswert ist dabei, daß diese Schwächlinge ihren Mangel an Lebensenergie mit Vorliebe dahin deuten, daß sie eine bessere Einsicht hätten. Sie sehen also ihren dauernden Zustand noch für einen besonderen Vorzug ihrer Natur an. Hauptsächlich diesen Kollegen möchte ich raten, vorerst ihren Körper durch Üben zu kräftigen. Sie würden mit Freuden bemerken, wie mit dem Zunehmen ihrer Körperkräfte auch ihre Weltanschauung rosiger und ihr Rückgrat widerstandsfähiger wird. Mancher Scharfmacher könnte es dann erleben, daß sein Versuch, einen Kollegen zum Austritt aus dem Verbands zu ver-

anlassen, als persönliche Beleidigung aufgefaßt und dementsprechend pariert würde.

In der Natur herrscht unumschränkt das Gesetz: *das Kräftige, Gesunde behauptet sich; das Schwache, Krankhafte geht zugrunde.* Nur ein gesunder Organismus hat die nötige Kraft, allen Widerwärtigkeiten Trotz zu bieten!

Darum erziehe sich jeder einen kräftigen Körper, damit er, mit seinen Kollegen verbunden, den wirtschaftlichen Kampf zur Erringung einer menschenwürdigen Existenz erfolgreich aufnehmen kann! Nur der Kämpfende wird gefürchtet, und auch nur dieser kann gewinnen! Ein Bettelnder und Bittender wird nie mehr erhalten als ein Almosen, höchstens dazu noch einen Fußtritt. Zum Kampf aber gehört Lebenskraft. Diese jedoch setzt voraus: Frisches Blut, gesunde Nerven und starke Glieder!

P. H.

Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

Die Arbeitsleistungen der Maschinenmeister.

Das elementarste Grundgesetz der Kapitalistenklasse aller Länder ist das fieberhafte Streben nach Mehrwert. Dieser bildet die Nährsäfte einer jeden kapitalistischen Gesellschaft. Wie eine gewaltige Schmarotzerpflanze umfaßt die Kapitalistenklasse den gesamten Volkskörper und entsaugt ihm jeden nur einigermaßen entbehrlichen Tropfen seiner wichtigsten Lebenssubstanzen. Ist der eine Raubzug nicht mehr ergiebig genug, sofort wird der genialste Erfindergeist angeregt, um neue Methoden der Ausbeutung zu entdecken. Der moderne Kapitalismus begnügt sich bei weitem nicht damit, den Aderlaß etwa nur an der Quelle der Produktion vorzunehmen. Er sucht den Volkskörper vor allem auch zu fassen in seiner Eigenschaft als Konsument. Die wichtigste Einnahmequelle des Kapitals ist und bleibt jedoch der Gewinn von Mehrwert aus dem unmittelbaren Produktionsprozeß. Ist doch der alleinige Zweck eines jeden modernen Unternehmens nicht etwa zu produzieren, sondern Mehrwert zu gewinnen, und zwar in möglichst hohen Raten.

Unzählige Methoden haben die Unternehmer erfunden, um den Mehrwertfonds ständig zu erhöhen und noch täglich sieht und liest man, wie immer neue Mittel zur Anwendung gelangen. Alle diese Bestrebungen lassen sich jedoch zerteilen in zwei charakteristische Hauptgebiete: Zunächst diejenige Methode, die darauf hinausgeht, einfach die Zeit, die der Arbeiter tagtäglich über seinen Lohn hinaus produziert, absolut zu erhöhen, also die Methode der Gewinnung des absoluten Mehrwertes. Sie hat für den Unternehmer zunächst den einen großen Vorteil, recht einfach zu sein. Er braucht nur den Arbeitstag zu verlängern und steigert dann von selbst die Mehrarbeitszeit, das heißt diejenige Zeit, in der der Arbeiter lediglich für die Tasche des Unternehmers arbeitet. Die notwendige Arbeitszeit, die Zeit, die der Arbeiter für den Ersatz seines Lohnes produziert, erhöht sich damit durchaus nicht. Sie bleibt dieselbe, denn nur in den seltensten Fällen wird der Unternehmer einen der höheren Arbeitszeit entsprechenden Gegenwert zahlen. Der Unternehmer senkt also den gesamten Betrag der in jener Zeit erzeugten Werte in seinen Geldsack. Diese Methode, den Gewinn zu erhöhen, hat nun freilich neben dem Vorteil, recht einfach zu sein, den gewaltigen Nachteil, sich um so schwerer durchführen zu lassen. Nur wenige Arbeitersdichten werden sich auf so elementare Weise das Fell über die Ohren ziehen lassen. Vielfach sind sie zu gut organisiert, um bei dem Unternehmer auch nur diesen Gedanken aufkommen zu lassen. Aber auch unorganisierte Arbeitersdichten pflegen stützig zu werden, wenn sie sich vor ein derartiges Ansinnen gestellt sehen. Der Unternehmer wendet darum die zweite Methode mit umso größerem Erfolg an, weil sie nicht so ohne weiteres zu durchschauen ist, nämlich die Gewinnung von *relativem Mehrwert*.

Der *relative Mehrwert* ist für die Arbeiterklasse von ungeheurer Bedeutung, insbesondere aber für unsern eignen Beruf. Es ist ohne weiteres klar, daß der Schutzverband recht gern auch absoluten Mehrwert aus den Steindruckern und Lithographen heraushehlen möchte. Freilich hängen diese Trauben recht hoch, darum will der schlaue Fuchs die doch so süßen Früchte garnicht haben. Will er doch schlechtere Arbeitsbedingungen, als die früher festgelegten, unter keinen Umständen schützen. Trotz all dieser schönen Redensarten trachtet aber unser Fuchs recht begehrlig nach den saftigen, süßen Trauben. Freilich nicht bei hellem, lichtem Tage sucht er sie zu bekommen. In stockfinsterer Nacht, bei dichtem Nebel suchte er, in der Form der *effektiven Arbeitszeit* —, eine Erhöhung des absoluten Mehrwertes zu erlangen. Diese Schliche glückten zu seinem großen Leidwesen doch nicht ganz. Trotzdem können wir dem Schutzverband zugestehen, daß er alles versucht, die Arbeitszeit, wenn auch nur um Minuten, auszuweihen. Er sucht den absoluten Mehrwert zu erhöhen und vor allem bei der ersichtlichen Quelle seines Mehrwertes, den Maschinenmeistern.

Damit erschröpen sich aber die Bestrebungen des Schutzverbandes bei weitem nicht. Ist der eine Weg ungangbar, dann führt der andere umso schneller zum Ziel. Er verlegt sich mit der größten Energie auf die Gewinnung von *relativem Mehrwert*. Er gewinnt ihn in der Form, daß er die Arbeitsweise intensiver gestaltet. Zunächst, indem er bessere Maschinen, Rotarys und sonstige Apparate zur Aufstellung bringt, oder durch Anwendung rationellerer Arbeitsmethoden, durch Zerlegung des Arbeitsprozesses in viele einzelne Handreichungen. Dadurch erlangt jeder Kollege um so größere Fertigkeiten. Das einfachste und ausgiebigste Mittel jedoch, die Intensität der Arbeit zu erhöhen, ist die Anstellung von recht vielen Antreibern, in der Form von Faktoren, Obermaschinenmeistern, Oberdruckern usw. Alle diese Mittel werden angewandt, um die Arbeit intensiver zu gestalten. Damit werden die Werte, die der Arbeiter in der gleichen Zeit erzeugt, umso höher. Der Mehrwert des Unternehmers steigt in derselben Proportion, wie die Intensität der Arbeit wächst. Diese Steigerung des Mehrwertes ist freilich mit einigen Kosten verknüpft, aber sie zeitigt denselben Effekt, wie die absolute Erhöhung der Arbeitszeit. Dabei hat diese Methode noch den großen Vorteil, nicht so unmittelbar in die Augen zu springen, wie die Erhöhung der Arbeitszeit. Freilich merkt jeder Kollege die Folgen der neueren Art, den Mehrwert zu erhöhen. Er spürt die Folgen an seinem Körper, seine Nerven werden um so stärker mitgenommen. Darin sind ja auch die erschreckend hohen Prozentsätze der Sterblichkeit innerhalb unserer Berufe begründet.

Die Schwierigkeiten, den *relativen Mehrwert* zu erfassen, liegen vor allem darin, daß wir keine Angaben besitzen über die Leistungen des einzelnen Kollegen. Wir müßten, um den relativen Mehrwert zahlenmäßig festlegen zu können, nicht nur statistische Angaben haben über die Höhe der Löhne, deren Steigen und Sinken, sondern vor allem über die Arbeitsleistungen des Einzelnen, sowie ganzer Sparten. Erst dann könnten wir erkennen, wieviel die Steigerung des Mehrwertes ausmacht. Fehlen derartige Statistiken im allgemeinen, so besitzen wir doch einigen Anhalt über die Tagesleistungen gerade der wichtigsten Gruppe unseres Berufs, der Maschinenmeister. Sie sind freilich recht unvollkommen. Immerhin erkennen wir daraus die Pflichtleistungen der Maschinenmeister aus 148 Geschäften. Wir sind also schon imstande, uns einen ungefähren Begriff darüber zu machen, wie es mit den Tagesleistungen bestellt ist und werden dann versuchen, die Lohnverhältnisse der geleisteten Arbeit gegenüber zu stellen.

Die Zahlen sind entnommen der allgemeinen Statistik aus dem Jahre 1908. Sie enthält nur Angaben über diejenigen Firmen, in denen bestimmte Pflichtleistungen gefordert werden. Bereits im Jahre 1903 war eine derartige Statistik aufgenommen worden. Sie enthält leider noch weniger sich auf diese Fragen beziehendes Material. 1903 wurden nur aus 92 Geschäften Pflichtleistungen gemeldet. Allerdings wird dies zum Teil mit darauf zurückzuführen sein, daß damals der Einzelne noch nicht so scharf angepannt wurde. Zudem muß bei diesen Zahlen berücksichtigt werden, daß die Maschinen sehr verschiedenartige Arbeit zu leisten haben, inbezug auf Qualität insbesondere. Auch die Formate werden bestimmend auf die Auftragsziffern einwirken, desgleichen auch die Höhe der Auflagen selbst. Trotzdem bieten nachstehende Zahlen ein einigermaßen zuverlässiges Bild. Man wird auch annehmen können, daß die Verhältnisse in den nichtbenannten Firmen wenig unterschiedlich sind. Weiter sei noch darauf hingewiesen, daß nur 15 von den in der Statistik aufgeführten 25 Landesteilen Pflichtziffern mitteilen konnten.

Landesteile	Bis 2000 Bogen		Bis 3000 Bogen		Bis 4000 Bogen		Bis 5000 Bogen	
	1	2	3	4	5	6	7	8
Berlin	1	2	7	10	9	—	—	1
Brandenburg	—	—	—	—	3	—	—	—
Hessen-Dassau	3	—	5	—	—	1	1	—
Hannover	—	—	2	1	—	—	—	—
Rheinprovinz	—	1	2	3	3	—	—	2
Provinz Sachsen	—	—	2	2	2	—	—	—
Provinz Schlesien	—	—	3	2	1	—	—	—
Baden	—	—	—	2	11	—	—	1
Bayern	—	1	4	5	11	4	1	—
Bremen, Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—
Lübeck	—	1	1	—	2	—	—	—
Hessen	—	—	1	2	3	1	—	—
Lippe	—	—	—	—	—	1	—	—
Königreich Sachsen	—	5	10	10	1	1	1	—
Thüringen	—	1	1	1	1	1	—	—
Württemberg	—	—	3	1	1	1	—	—
Sa.	4	14	38	42	35	8	7	—

Aus vorstehenden Zahlen ist zu ersehen, wie verschiedenartig die geforderten Tagesleistungen gestaltet sind. Von 2000 steigt die Bogenzahl bis 5000 und darüber. Zudem die größte Mannigfaltigkeit innerhalb der einzelnen Landesteile. Wir haben einzelne Gebiete, wo ganz besonders hohe Leistungen verlangt werden. In Bayern treten Bogenzahlen von 4 bis 5000 ganz besonders in Erscheinung, Nürnberg und vor allem Fürth dürften die höchsten Durchschnittsleistungen aufzuweisen haben. Diese Tatsache wurde bereits in der Statistik von 1903 betont. Die Fürther Firmen wiesen damals schon ausnahmslos 4000 Bogen pro Tag auf. Auch die Rheinprovinz hat recht hohe Durchschnittsleistungen aufzuweisen. Unmittelbar hinter Bayern steht Berlin. Es weist eine ganze Anzahl Geschäfte auf, die 4000 Bogen Tagesauflage fordern. Die

Statistik zeigt also als charakteristisches Merkmal größte Verschiedenartigkeit in den Tagesleistungen der einzelnen Firmen sowohl, als auch in ganzen Städten und Landesteilen.

Diese Pflichtleistungen werden nun freilich nur in den 148 von der Statistik erfaßten Firmen verlangt. Wir dürfen wohl aber ohne weiteres annehmen, daß die *Durchschnittsleistungen dieser Geschäfte in der Höhe von 3480 Bogen die wirklichen Durchschnittsleistungen über das gesamte Reich darstellen*. Wenn auch nicht überall diese Höhe gefordert wird, so werden doch die Leistungen auch in solchen Geschäften, infolge des gut organisierten Auspasterwesens, nicht hinter dem Gesamtdurchschnitt zurückbleiben. Leider ist es schwer möglich, Vergleiche mit den Zahlen von 1903 aufzustellen. Sie bleiben um 60 Geschäfte gegenüber der letzten Statistik zurück. Auffällig ist aber bei der Betrachtung beider Statistiken, daß 1903 die Zahlen bis 3500 bei weitem vorwiegen gegenüber 1908, wo bereits 50 Firmen 4000 und mehr Bogen verlangten. Bayern verzeichnete 1903 nur fünf Firmen mit mehr als 4000 Bogen Tagesleistungen 1908 dagegen bereits 16. Diese Höchstleistungen haben sich also um 200 Prozent vermehrt.

Aus der Verschiedenartigkeit der Leistungen erkennen wir vor allem, daß die Unternehmer bestrebt sind, die Leistungen der Maschinenmeister immer intensiver zu gestalten, d. h. den *relativen Mehrwert* zu erhöhen. Jeder Unternehmer hat ein anderes System ersonnen, um die Tagesleistungen zu erhöhen. Alle diese Klugeleien aber, ob nun Prämien oder sonstige Antriebsmittel, kommen auf die Methode zurück, den relativen Mehrwert zu erhöhen. In der Ausnützung kleiner Vorteile liegt der Weg zum Kapital, so verkündete ein findiger Reklamemacher sehr richtig im Druckereianzeiger. So ist es tatsächlich. Nur 100 Bogen am Tage herausgeschunden, ist ein kleiner Gewinn; einige Tage wiederholt summiert er sich bereits zu ansehnlichem Nutzen. Der Maschinenmeister empfindet vielleicht die kleine Mehrleistung nicht als sehr schlimm, bei dem Unternehmer summieren sich aber die kleinen Gewinnbeträge umso mehr. Der Unternehmer versteht sich auf die anzuwendenden Pressionsmittel sehr vorzüglich, während vielleicht die Kollegen nicht immer die notwendige Widerstandsfähigkeit zeigten. So konstatieren wir in Bayern eine Durchschnittsleistung von 3800 Bogen, während auch Berlin nur 3500 aufweist. Die Nürnberger und Fürther Unternehmer verstanden eben die Presse des relativen Mehrwertes viel vorteilhafter zu gebrauchen, als ihre Kollegen in andern Städten.

Für unsere Kollegen erwächst aber umso mehr die Pflicht, diesen Bestrebungen von seiten der Unternehmer nachdrücklichste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Aber nicht nur dieses. Mit aller Macht müssen sie der Erhöhung der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, die nur auf Kosten ihr Gesundheit möglich ist, entgegenarbeiten, zumal, wenn der Unternehmer einem finanziellen Ausgleich feindlich gegenübersteht. Dies wird in den meisten Fällen zutreffen. Daher ist größte Aufmerksamkeit zu beobachten. Wir müssen mit Bedauern konstatieren, daß in vielen Orten und Landesteilen die Tagesleistung durchaus nicht immer im Einklang steht mit der Höhe der Löhne. Inwieweit dies zutrifft, wollen wir in einem späteren Artikel untersuchen.

H. S.

Die photomech.Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupfersteiner und -Drucker.

Aus den Sektionen.

Berlin (Chemigr.) Die Augustversammlung beschäftigte sich mit dem Flugblatt der Vereinigung der Chemigraphen 1911. Dieses Flugblatt war an das Personal verschiedener tariffreier Geschäfte gesandt worden. Von der Verwaltung wurde nochmals über die bei der Bewegung in den Firmen Kobow und Himmel mit der Vereinigung gepflogenen Verhandlungen berichtet. (Siehe Nr. 32 der Gr. Pr.: »Falsch getrommelt, 1911.«) Von einer Diskussion über das Flugblatt wurde Abstand genommen. Folgende Resolution wurde angenommen: »Die in den Arminhallen versammelten Chemigraphen Berlins, Filiale II des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe, stellen nach Kenntnisnahme der von der Vereinigung der Chemigraphen 1911 als Flugblatt verschickten monatlichen Mitteilung erneut fest, daß die Vereinigung bewußt den Prinzipien und Tendenzen des Chemigraphenverbandes entgegenarbeitet. Die Vereinigung ist als gewerkschaftszersplitternd erkannt und hat erklärt, bewußt den Sperrbruch zu organisieren und zu verüben. Deshalb ist die Annahme der Vereinigung, sich als freie Gewerkschaft fühlen zu wollen, nur durch den absoluten Mangel an gewerkschaftlichem Empfinden und durch die Unkenntnis gewerkschaftlicher Bestrebungen zu erklären. Durch die Verschickung des Zirkulars der Tarifgegr. an tariffreie Anstalten ist die unlautere Absicht und der damit verbundene Zweck der Vereinigung erkannt und vor den frei organisierten Arbeitern in seiner Niedrigkeit gerichtet.«



Feuilleton.

Was der Alkohol spricht.

Wollt ihr Wunder und Zeichen schauen,
Kommt zu mir, ihr Männer und Frauen!
Laßt mich nach meinem Willen nur handeln,
So kann ich die ganze Welt euch verwandeln,
Arm macht ich die Reichen — krank die Gesunden,
Aus Arbeitern schaff ich euch — Vagabunden,
Aus Frommen Spötter, aus Waisen Verwirrte,
Aus Fleißigen Faule, aus Guten Verirrte,
Aus züchtigen Jungfrauen schamlose Weiber,
Aus tüchtigen Männern Diebe und Räuber,
Aus häuslichem Glück Elend und Not,
Aus Nahrung Gift, aus Leben Tod.

Wie ich das kann?
Folgt mir, heran!
Das Naß
Im Faß
Tut das
Ins Glas
Dann an die Lippen
Zum Kosten und Nippen
Dann nur munter
Hinunter!
Und mehr!
Und wieder
Hernieder!

So nähr' ich das Feuer, ihr trinkt und trinkt
Bis euch der Abgrund der Hölle verschlingt!

Die Arbeiter und der Teufel.

Dreimal neun Länder weit, im dreimal zehnten
Kaiserreich von hier — so beginnt, wie jedes
russische Märchen, auch unseres — gab es ein
Arbeitervolk. Es waren gute und brave Menschen.
Sie arbeiteten von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang
und von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang,
sie hungerten und froren und waren immer zu-
frieden und fügsam. Und alles würde für immer
schön und gut geblieben sein, wenn die Arbeiter
nur auch vorsichtiger gewesen wären. Aber un-
geachtet, die andern Einwohner dieses Landes —
das waren die Fabrikherren, die Aufseher, die
kontrollierenden Inspektoren, die Polizisten mit
dem Polizeigeneral an der Spitze und den vielen

Aushörnern und Aufpassern, und der Minister —
ungeachtet diese alle immer sorgsam auf alles be-
dacht und um alles bemüht waren, so verging doch
kaum ein Tag ohne irgend einen Unglücksfall.
Bald geriet einer von den Arbeitern in ein Ma-
schinenrad, bald explodierte ein Kessel und tötete
viele, bald stürzte eine Decke ein und begrub ein
paar Dutzend Menschen unter ihren Trümmern —
kurz, all dies wollte gar kein Ende nehmen. Und
wer war schuld daran? Doch nur diese Arbeiter,
die immer und überall gerade dahin krieden
mußten, wo es irgend eine Gefahr gab. Nun be-
kamen die Fabrikherren mit den Behörden zu
tun, und wenn diese auch milde mit ihnen waren
und gerne alles in Ordnung brachten — es war
doch unangenehm.

„Der Teufel soll die Arbeiter holen!“ entfällt
es dem geplagten Aufseher, der nun über diesen
Fall dem Fabrikherrn berichten muß. Dieser aber
hat gerade nicht viel Zeit übrig, denn er muß
irgendeine Exzellenz mit Tee oder gar mit einem
Diner bewirten. „Ach der Teufel hole sie“, ruft
er daher auch, wenn er den Bericht des Aufsehers
gehört hat; und „geh“ zum Inspektor!“ Doch der
ist natürlich nicht weniger ärgerlich, denn er muß
die Sache untersuchen. „Wieder solch eine Ge-
schichte“, murmelte er in den Bart; „der Teufel
soll die Arbeiter holen!“

Unterdes erschienen Papierblättchen unter den
Arbeitern — der Teufel weiß woher! — in denen
sie zu lesen bekamen — der Teufel weiß, wie
einer darauf kam! — daß es gar nicht gut mit
ihnen in den Fabriken bestellt sei, und sie ge-
rieten in Unruhe. Die Aufpasser kamen sie aus-
hörden; aber sie sagten nichts. Die Inspektoren
kamen sie zu überreden; aber sie hören darauf
nicht. Es schien, daß irgend etwas in der Luft
liege. „Der Teufel soll die Arbeiter holen“, schrie
nun auch der Polizeigeneral; „man kann gar nicht
genug Aufpasser für sie haben!“ Nur die gelehrten
Leute und die Zeitungsschreiber meinten, daß alles
in Ordnung und die Einmischung des Teufels ganz
überflüssig sei. Jedoch sie waren in dem Lande
in der Minderheit, und die andern hörten nicht auf,
aus tiefstem Herzen zu stöhnen: „Möchte doch
der Teufel die Arbeiter holen!“

Endlich erbarmte sich der Teufel und binnen
einer Nacht holte er sie alle, alle. Nun hörten die
Fabrikshornsteine zu rauchen auf, die Dampfhammer
hörten auf zu klopfen, die Webstühle hörten auf zu
äzzen, das Feuer in den Glühöfen ging aus, und alle

Arbeitsstätten waren menschenleer. — Zuerst nach
dieser Nacht wachten, wie immer, die Aufseher auf.
Sie rieben sich die Augen und glaubten, daß sie
noch schliefen. Sie rannten zu den Fabrikherren
und berichteten das Wunder. Aber die, voll Schlaf-
trunkenheit in der frühen Morgenstunde, brumnten
nur undeutlich, daß das ja ganz schön wäre, und
kehrten sich auf die andere Seite. Die gleichfalls
erwachten Aufpasser waren unterdes zu den In-
spektoren gelaufen, und diese, schon ermuntert,
gerieten nun außer sich vor Freude. Nicht minder
der Polizeigeneral und der Minister, als man ihnen
die Sache berichtete. Nur die Zeitungsschreiber,
als sie davon erfuhr, blieben stumm, denn sie
wußten über diesen unerwarteten Fall rein gar
nichts zu sagen. (Schluß folgt.)

Vom Büchertisch.

Kosmos, Handweiser für Naturfreunde. IX. Jahr-
gang. Heft 9. Herausgegeben von Kosmos, Gesell-
schaft der Naturfreunde (Geschäftsstelle: Franksche
Verlagshandlung, Stuttgart). Jährlich 12 Hefte mit
5 Buchbeilagen 4,80 Mk.

Die Berufskrankheiten der Buchdrucker.
Von Dr. R. Silberstein. (Arbeiter-Gesundheits-
Bibliothek, Heft 31.) Verlag: Buchhandlung Vorwärts
Paul Singer G. m. b. H., Berlin S. W. 68. 19 Seiten 80.
Preis 50 Pfg., Vereinsausgabe 20 Pfg.

Das vorliegende Heft eröffnet die Reihe der
gewerblichen Einzelberufe, welche die Arbeiter-
gesundheitsbibliothek in ihrer Eigenart und gesund-
heitlichen Bedeutung für die Arbeiter schildern will,
und behandelt das Thema mit großer Sachkenntnis
und Geschick. Nach einer Einleitung über die mo-
derne Buchdruckerei wird die Berufsarbeit der
Schriftsetzer, Buchdrucker, Stereotypenreiter, der in
Schriftgießereien Beschäftigten und der Hilfsarbeiter
kurz aber prägnant geschildert und dann ausführ-
lich das Kapitel der Berufskrankheiten behandelt,
besonders die Tuberkulose, deren Sterbeziffer in
den letzten 50 Jahren ganz bedeutend zurückge-
gangen ist, wie die Gegenüberstellung der Zahlen
von Albrecht, Sommerfeld und des Verfassers ergibt,
und die Bleivergiftung mit besonderer Berücksich-
tigung der Gicht, die nach der Statistik der Leipziger
Ortskrankenkasse eine ganz außerordentliche Rolle
unter den Erkrankungen der Schriftsetzer und Schrift-
gießer spielt. Das Buch sei auch unsern Kollegen
angelegentlichst zum Studium empfohlen. *

Chiffre - Inserate

finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme
mehr. Die Expedition.

Stellenangebote

Erstklassige Masch.-Retuscheure

per sofort gesucht. [210]
Wilh. Langenbruch, Berlin S. O.,
Graphische Kunstanstalt, G. m. b. H.

Wir suchen tüchtige

Schwarz- und Farben - Ätzer

Ausführliche Offerten erbeten an
E. Schreiber, G. m. b. H., Stuttgart,
Hackstraße 77 a. [240]

Stellengesuche

Junger tüchtiger

STRICH - ÄTZER

sucht auf sofort Stellung.
Gottfried Erfurt, jun., Lehdorf 126
b. Braunschweig. [90]

Verschiedenes

Das echte Tangierfell in tadelloser Schärfe

liefert Leipziger Tangier-Manier,
Alexander Grube, Leipzig, Talstr. 40.

Roulett., Fadenstichel Fräser u.s.w.

In bester Aus-
führung fert. an
Carl Neumann, vormals G. König,
Berlin SO., Manteuffelstr. 31.

Einig. tücht. Formstecher

werden bei guter Bezahlung für dauernde Beschäftigung gesucht.
Erste österreichische Linoleumfabrik, Triest

ANDRUCKER

für Strich und Autotypie. Off. erb. an
J. G. Hudt & Co., Braunschweig.

Form - Stecher

finden Beschäftigung.
Germania Linoleum-Werke
Bietigheim. [180]

MESSING - STECHER

finden dauernde Stellung durch den Ar-
beitsnachweis.
C. Schubart, Berlin - Lichtenberg,
Rittergutstraße 24. [210]

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-
druck, Photomechanische Verfahren,
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Prospekt frei. Kunstgewerbeschule
Barmen

Kl. Buchdruckerei- Einrichtungen

(fachmännisch sortiert)
ALEXANDER GRUBE,
LEIPZIG, Talstraße 40

Neu! Senefelder-Karten Neu!
empfiehlt J. Meier-Durst, Saalfeld a. S.

Zur Hälfte des sonstigen Preises!

Prima Tangierfilms und Apparate verschied. Systeme
Einzig echt. Von wunderbarer Schärfe. Verlangen Sie Muster.
FRANZ TROMMER, LEIPZIG, GRETSCHELSTRASSE 11

Wischwalzen - Schläuche, ohne Naht

für Steindrucksdrehpressen
Edmund Behnisch, Luckenwalde (Deutschland).
Vertreter an allen größeren Plätzen — la.-Zeugnisse. —

„Faltentod“

Endlich ist er da der Faltentöter! (Pat. Drawe.)

Einzig wirksame Vorrichtung zur Verhinderung der Faltenbildung
und des Dehnens der hinteren Ecken beim Bedrucken der Bogen.

In kurzer Zeit bereits glänzend bewährt!
Patente in allen Kulturstaaten.

Krieger & Co., Bielefeld.

Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie

von FRITZ HANSEN, BERLIN.
:: Preis inklusive Porto : 50 Pfg. ::
Zu beziehen durch:
Conrad Müller, Schkeuditz.

Der praktische Umdrucker.
Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamt-
gebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.
Zu beziehen durch:
Conrad Müller, Schkeuditz.

Verbandsnachrichten

Crimmitschau!

Alle Verbandsangelegenheiten, sowie
Auskunftserteilung an

Hugo Querengäßer,
Melancton-Straße 14.

Kollegen und speziell Verbandsfunk-
tionäre, denen der Aufenthalt der
Steindrucker

Herm. Jakobi
aus Wernigerode (deutsche Buch-
Nummer 29748) und

Otto Flegel
aus Glogau (deutsche Buch-Nr. 7396)
bekannt ist, ersuchen wir höflichst wie
dringend uns die Adressen dieser zwei
Kollegen mitzuteilen.

A. Greuter, Bern (Schweiz)
Kapellenstraße 6.

„Matt-Lack“ Besier Farben-
Kleben, Hart-, Blankwerden und Auf-
reißen der Abdrücke, Rinnen d. Farbe.
Preis Kilo Mk. 3,50, bel 10 Kilo Mk. 3,—.

„Harmalein“ Vorzüglicher
weiß. Trocken-
stoff in Paste, kein Herunterwischen
der Farben mehr. Auch beim Chromo-
und Buntdruck verwendbar, da jede
Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 3,50.

„Bronsol“ Gibt festsitzende
glatte Bronze,
auch bei losen, ungeeigneten Papieren.
Preis Kilo Mk. 4,—. Gegen Nach-
nahme. Kunden erhalten neuestes
Tonschutzrezept gratis. F. Hantke,
Hamburg 22, Wohltdorferstr. 60. [300]